

2 Ar

Freymüthige Bemerkungen

über die Schrift:

Das

Grabmal des Leonidas.

Allen Chur-Sächsischen Patrioten

gewidmet.

1 7 9 9.

Ergebnisse der Untersuchungen

über die

1900

Ergebnisse der Untersuchungen

über die

Ergebnisse der Untersuchungen

über die

Ergebnisse der Untersuchungen

über die

Ergebnisse der Untersuchungen

über die

Grabmal des Leonidas S. 65.

„Dafs hier zu Lande noch Pressfreyheit
„in hinreichender Maafse vorhanden sey,
„kann Hr. C. A. A. an seinem eigenen
„Beyspiel abnehmen, indem weder wegen
„seiner Person, noch wegen seines Büch-
„leins einige Nachfrage oder Untersuchung
„angestellt worden ist. . . . Dem wahren
„Weisen genüget allenfalls an der inneren
„Ueberzeugung, recht und wohl gehan-
„delt und zum Wohl seiner Nebenmen-
„schen mitgewirkt zu haben.“

Nachfolgende Bemerkungen haben wohl
mehr Wahrheit und weniger Schärfe, als
die des Hrn. C. A. A.; und dem Verfasser
derselben genüget wirklich an der innern
Ueberzeugung, recht und wohl gehandelt
zu haben.

Die Schrift, über welche hier Anmerkungen gemacht werden sollen, hat eine ziemlich große Sensation erregt. Noch ehe sie erschien, wurde sie durch Gerüchte als eine solche bekannt, welche die öffentliche Meinung auf den bevorstehenden Landtag leiten sollte, und als sie erschienen war, wurde sie wohl auch von solchen Personen einer Aufmerksamkeit gewürdigt, die sonst wenig oder nichts lesen. Ja sie hat das Schriftchen, das von ihr hauptsächlich widerlegt werden soll *), und zuvor ganz vergessen war, in Umlauf gesetzt. Ob Patriotismus oder bloße Neugierde

*) Ueber die Beförderung des Zutrauens zwischen Unterthanen und Regenten. Germania bey Meissner 1797. 8. B. 8.

gierde die Triebfeder der Lesenden war, bleibt hier unerörtert, so wie die Frage, ob ächter Patriotismus, in so fern er mit Humanität bestehen kann, die Feder des Verfassers überall geführt habe. Er sagt allerdings so viel wahres, und zum Theil mit solchem Nachdruck, das man sich eben nicht wundern darf, wenn ihm der Recensent in der allgemeinen Literaturzeitung ächten Patriotismus zuschreibt. Das dieser aber wirklich nicht mehr zu rügen gefunden habe, als er leise berührt, das kann man kaum glauben. Am wenigsten begreifen wir, wie er, die gehörige Kenntniss vorausgesetzt, das Urtheil über den in Sachsen eingeführten alten Religionseid auf die symbolischen Bücher ohne alle Bemerkung habe hingehen lassen können. Uns ist es sehr aufgefallen, und wir können nicht bergen, das eben dieses Urtheil der Hauptbewegungsgrund zur Bekanntmachung unserer Gegenbemerkungen ist. Wir werden uns daher bey diesem Punkte am längsten aufhalten, nachdem wir zuvor auch andere, in denen uns der Verfasser

gegen

gegen Wahrheit und Moralität zu verstossen scheint, mehr oder weniger berührt haben werden.

Wenn Liebe zur guten Sache den Berichtigter oder Widerleger jener Schrift *) die Feder geführt hat, so wird er es uns nicht verdenken, daß auch wir von gleicher Liebe getrieben, ebenfalls unsere Gedanken mittheilen, und nach unserer Ansicht der Dinge die Berichtigungen berichtigen. Um indessen allen Mißdeutungen zuvor zu kommen, wollen wir erst unser politisches Glaubensbekenntniß ablegen, indem wir die Hauptsätze angeben, in denen wir mit Hrn. N. vollkommen einverstanden sind. Wir glauben nämlich mit ihm, daß die Gesetze des Landes in so fern heilig sind; als nicht auf gewaltsame Revolutionen hingearbeitet, ja oft nicht einmal hingedeutet werden muß; daß in Sachsen vieles gut und weit besser als in andern

*) Wir werden ihn künftig um der Kürze willen bloß mit N. so wie den Verfasser der widerlegten Schrift mit A bezeichnen.

andern Ländern stehet; das insbesondere
 die Gesetze und das Finanzsystem gewisser-
 massen nicht ohne Zuziehung der Landes-
 stände abgeändert werden können; das
 die meisten Menschen in Sachsen keine
 Umwälzung der Dinge wollen, das um
 einzelner Gebrechen willen nicht das ganze
 Räderwerk der Verfassung auseinander zu
 reißen ist, das Hr. A. so wie der Verfasser
 der Städtischen Vorstellung auf dem Land-
 tage 1793 in Vergleichung der Lasten zwi-
 schen den Städten und Rittergütern große
 Rechnungsfehler begangen haben; das ei-
 ne vollkommen gleiche Vertheilung der
 Abgaben sehr schwierig, ja unter Men-
 schen unmöglich ist, die durch Zwangsge-
 setze regiert werden müssen; das die Be-
 sitzer steuerfreier Güter sich auf öffentliche
 Treu und Glauben berufen können, wenn
 man ihnen wider ihren Willen die Steuer-
 freyheit nehmen wollte; das endlich die
 Appanagen der nachgeborenen Prinzen Schul-
 digkeit des Landes sind. Ausser diesen
 Sätzen geben wir Hrn. N. noch viele an-
 dere zu, und wir werden gelegentlich ei-
 nige

nige derselben anführen, indem wir dieselben einschränken, oder, welches dasselbe heißt, mit andern Wahrheiten zu vereinigen suchen.

Bey unsern Anmerkungen werden wir keine andere Hauptordnung als die Seiten- oder Paragraphen Zahl befolgen, aber doch so, daß wir zu einem berührten Punkte aus dem Folgenden auch diejenigen ziehen, die mit ihm in Verbindung stehen.

2.

„Daß eine ganz vollkommene Verfassung unter Menschen nie vorhanden gewesen sey, auch nie existiren werde“ (S. 5.) geben wir willig zu, glauben aber zugleich, daß die Unmöglichkeit der absoluten Vollkommenheit nicht zum Ruhkissen für die Gesetzgeber und Staatsverweser gemacht werden müsse, und dieß scheint uns der Verfasser zu thun, indem er 1) den Patriotismus auf den Gehorsam gegen die heiligen Gesetze des Vaterlands einschränkt (S. 13); 2) jede Verfassung für gut erklärt, die gut verwaltet wird, sie möge einem

einem *Contrat social* ähnlich sehen oder nicht; (S. 214) und sich 3) gegen die Abschaffung solcher Gesetze stemmt, die er, *indirecte* wenigstens, nicht für ganz gut erklärt. (S. 15).

Wer im Großen zu wirken berufen ist, dessen Patriotenpflicht ist es, Gesetze abschaffen zu helfen, die dem Geiste der Zeiten und der Lage der Dinge nicht mehr angemessen, oder gar den ursprünglichen Menschenrechten zuwider sind; und thut er es nicht, so handelt er eben so unpatriotisch, als derjenige, welcher den bestehenden Gesetzen den Gehorsam versagt. Nimmt man den zweyten Punkt streng, so heißt er eben so viel als: eine Verfassung brauche eben nicht gerecht zu seyn. Wir können aber wohl mit Grund annehmen, daß der Verf. bloß im Eifer gegen die falsch verstandnen Menschenrechte auch die richtig verstandnen verwarf, wie einmal ein Prediger im heiligen Eifer gegen die zur Mode gewordne Vernunft sagte, die christliche Religion sey — nicht vernünftig. Und ein solcher Mißverstand ist um so wahr-

wahrscheinlicher, da sich ein ähnlicher gerade bey der Stelle findet, von der wir ausgingen.] Hr. N. führt in Beziehung auf die bürgerlichen Gesetze S. 13 aus der neuern Philosophie den Satz an, daß Liebe des Gesetzes das Ziel moralischer Vollkommenheit sey, ohne zu bedenken, daß bey diesem Ausspruche bloß von dem Moralgesetze die Rede ist. Die Liebe zu diesem ist allerdings das Ziel moralischer Vollkommenheit. Ein ganz anderes Ziel aber ist der bürgerlichen Verfassung gesteckt, nämlich die Würdigkeit geliebt zu werden, und dieses Ziel erreicht sie nicht anders, als indem sie sich immer mehr dem *Contrat social*, d. h. der Gerechtigkeit nähert, indem sie nicht über den Staat die Menschheit, über den Bürger den Menschen vergißt. Wenn es übrigens „ein kitzlich Ding um die Gesetzgebung ist“ so muß man doch die Schwierigkeiten bey derselben nicht willkürlich häufen. Dieß thut Hr. N. an mehr als einem Orte, wie wir in der Folge zeigen werden.

Die gehorchende und minder beglückte Classe der Bürger vor dem gelben Glase des Neides zu warnen. S. 21) mag nothwendig und gut seyn, aber nicht minder nothwendig ist es, die befehlenden und beglückten Staatsbürger auch an das falsche Glas zu erinnern, mit dem sie jene betrachten, und nicht gut ist es, sie in ihrer unrichtigen Ansicht noch zu bestärken. Diefs scheint uns Hr. N. zu thun, indem er S. 27. äußert, nur derjenige, welcher kein Geschick habe, etwas beyzulegen, müsse sich in Sachsen mit kümmerlichen Unterhalte behelfen. Welcher gemeine Soldat, welcher Tagelöhner, welche Spinnerinn, und Spitzenklöpplerinn, ja wie viele Handwerksster vermögen etwas mehr, als aus der Hand in den Mund zu arbeiten, ohne dafs es ihre Schuld ist?

Gleich falsch ist in unsern Augen manches was Hr. N. über die Publicität sagt. So wenig wir es billigen, wenn injuriöse Anekdoten ohne alle Prüfung verbreitet, oder die Fehler der Regierungen und die
Schwach-

Schwachheiten der Fürsten unaufhörlich zur Schau aufgestellt werden, so ist doch schwerlich weder auf der einen Seite wahr, daß die Publicität zu nichts Gutem führe, noch auf der andern, daß sie uneingeschränkt als ungerecht zu verwerfen sey. Die alten Aegypter richteten ihren König weislich erst nach dem Tode, sagt Hr. N. S. 59. und setzt hinzu: „was soll auch der Tadel des Lebenden helfen? — Doch wohl mehr als der des Todten, wenn man nicht tauben Ohren predigen will, könnte man kurz darauf antworten. — Aber eben deswegen, weil die schlechten Fürsten taube Ohren hätten, oder mit den Hörenden zugleich Arme, um den Schriftsteller auf ein Schloß zu setzen, wo der arme Sünder Musse bekomme, statt Satyren Buspsalmen zu dichten, meynt Hr. N. sey der Tadel solcher Fürsten unnütz, und bey den guten thue er gerade so viel Wirkung, als das Bellen des Hundes gegen den Schein des seinen Weg richtig fortwallenden Mondes. Ist hierbey nur von ungerechtem Tadel die Rede, so mag das Gesagte passend seyn;

sey; bringt aber auch der gerechte Tadel nie andere Wirkung auf einen Fürsten hervor, so liesse sich wohl zweifeln, ob er gut sey. Und nimmt Hr. N. etwa an, es sey gar kein gerechter Tadel eines guten Fürsten möglich, so muß er diesen über die Menschheit erhaben denken, oder vergessen, daß „die Erfahrung bey jedem Menschen, ohne auch „nur eine einzige durch die beste Erziehungs- methode bewirkte Ausnahme „vorzeigen zu können, das natürliche „Verderben, die Uebermacht der Sinnlichkeit und das selbst von der kritischen „Philosophie anerkannte radicale Uebel leidet mehr als zu sehr für (vor) Augen liegt.“ (S. 48.)

Man erzählt, ein Fürst habe einmal gesagt, er würde wohl diess und jenes thun, wenn er nur vor den verwünschten Schlözerischen Staatsanzeigen sicher wäre. Dieser Fürst gehörte wohl weder zu der Classe der guten noch zu der Classe der schlechten; und eben für diese Mitteldinge, welche Hr. N. ganz übersieht, ist die Publicität

tät solcher Thatfachen, die nur erzählt zu werden brauchen, um getadelt zu seyn, der beste Zaum. Sollte auch jene Anekdote nicht verbürgt werden können, so hat sie doch wenigstens poetische Wahrheit. So lange man noch annehmen kann, daß Fürsten eben so gut, wie andere Menschen, nach Lob fragen, darf man auch annehmen, daß sie nicht ganz unempfindlich gegen Tadel sind. Mit den Großen, die den Fürsten, oder doch mit ihm das Land regieren, hat es gleiche Bewandniß.

Ist denn aber nicht ein Tadel, der den Fürsten, oder seine Räthe trifft, der Ruhe des Staats gefährlich, wie Hr. N. S. 59 zu verstehen giebt? — Schwerlich, wenn er in die gehörigen Grenzen eingeschlossen wird, theils dem Tone theils den Sachen nach. Verunglimpft soll kein Mensch werden, und folglich am wenigsten derjenige, welcher an der Spitze der Regierung steht. Aber die Nachtheile entwickeln, die aus einem Mandate oder einer Verordnung entstehen, auf die Gesetze des Landes oder der allgemeinen Gerechtigkeit hin-

hinweisen, denen das eine oder das andere zuwider ist, Thatfachen erzählen, die weil sie öffentlich geschehen, auch nicht geheim gehalten zu werden brauchen, und dieß alles mit Bescheidenheit thun — kann einer guten Regierung nie gefährlich werden. Der Fürst, von seinem im Allgemeinen beglückten Volke geliebt, hat nichts zu fürchten, und der bösen Rathgeber, die etwa in ihrer Blöfse gezeigt werden könnten, wird sich Hr. N. wohl nicht annehmen. Ist irgend eine Gefahr vorhanden, so entstehet sie weit eher aus dem zurückgehaltenen Unwillen über ungerechte Mandate, — gegen die keine Hülfe ist. Wenn endlich, wie es S. 59 heist, kein Schriftsteller im Stande ist, den wahren Gesichtspunkt mancher Verhältnisse im Staate zu fassen, und die Ursachen öffentlicher Handlungen zu übersehen, so kann dieß doch wohl nur daher kommen, weil derjenige, der dabey wirksam ist, und sie überieht, Schweigen muß, um nicht im Falle der Entdeckung Amt und Brod zu verlieren. So legt man der Publicität zur Last,

was

was doch nur Folge des Verbots derselben ist.

4.

Ueber das Kapitel von der Besteuerung in Sachsen liesse sich sehr viel sagen, aber alles durchzuführen, ist hier nicht der Ort. Es sey genug, manche Fehlschlüsse des Hrn. N. zu berühren.

Die aus den alten Zeiten angeführten Spuren von Ungleichheit der Steuern zwischen der Ritterschaft und den Städten, so wie die Behauptung der ersten bey ihren unerweislichen Rechten, beweisen nicht, dafs diese Ungleichheit hinlänglich begründet, sondern nur dafs die Ritterschaft in allen Zeiten nicht willig gewesen sey, mit andern Staatsbürgern gleiche Lasten zu tragen. Doch wir wollen die Hauptgründe durchgehen. Wenn S. 105. angeführt wird, dafs die Ritterschaft nicht schuldig gewesen sey, die Freyheit ihrer Ritterlehne Preis zu geben, weil auch die Grafen und Bischöffe die Grundsteuer verweigerten, so heisst dieses nichts mehr, als:

B

weil

weil ein Stand nicht gerecht war, so brauchte es auch ein andrer nicht gegen einen dritten zu seyn. — Nach S. 106. würde es wider Recht und Billigkeit seyn, alle Theile eines Staats, wie der Sächsische ist, über einen Leisten zu schlagen — weil kein Urvertrag in demselben vorhanden sey. Was mag Hr. N. für einen Begriff vom Urvertrage haben? So viel der Verfasser dieser Blätter weiß, ist der Urvertrag eine bloße Idee des Staatsrechts, so wie das allgemeingültige Gesetz der Vernunft eine Idee der Moral ist. Wenn man also sagt: es ist, in diesem Lande kein Urvertrag vorhanden, folglich braucht man sich nicht nach demselben zu richten, so heißt das eben so viel, als wenn man sagen wollte: in diesem Lande hat man von jeher gegen die Moral verstossen, folglich braucht man gar nicht moralisch zu leben. — Der Landesherr mußte nach S. 107. bey der Besteuerung auf den Lehnvertrag Rücksicht nehmen — aber die Städte bewafneten ja ehemals im Kriege ihre Bürger eben so gut, als die Ritter ihre reissigen Knechte (S. 102) und

waren also in Rücksicht der Beschwerden mit den Rittern gleich. Wenn überdiess nachher der Ritterdienst in Geld verwandelt wurde, so hätte doch dieses Geld bey den steigenden Bedürfnissen des Staats eben so gut verhältnißmässig erhöht werden sollen, als die Abgaben der übrigen Staatsbürger. Diese mußten dann bey der Ungleichheit der Steuern den Dienst bezahlen, den die Ritterschaft leisten sollte, und noch überdiess aus ihrer Mitte Glieder zum Soldatendienst stellen, den die Ritterschaft nur nach Gefallen übernahm. Daher ist es gar nicht wahrscheinlich, daß der Landesherr bey der ungleichen Besteuerung Rücksicht auf den Lehnvertrag genommen, sondern daß er vielmehr der Ritterschaft nachgegeben habe, um wie Hausmann, (nach S. 106) annimmt, sie wegen der Bewilligung für die Bauern zu schonen. Wenigstens ist das, was Hr. N. dagegen anführt, von gar keiner Bedeutung.

Wenn wir übrigens zwar zugeben, daß die vollkommen verhältnißmäßige Gleichheit der Abgaben unendliche Schwierigkeit

hat, und dafs es unbillig seyn würde, jetzt die Rittergüter ohne Unterschied mit den übrigen Grundstücken gleich zu besteuern, ob gleich nicht um des Lehnvertrags willen: so können wir es doch nicht billigen, dafs S. 108 ein verächtlicher Blick auf die ursprünglichen Menschenrechte vollkommener Gleichheit gethan wird und Schwierigkeiten erregt werden, die leicht zu heben sind.

Die Gleichheit der Abgaben wird immer das Ideal bleiben, dem man bey Vertheilung der Lasten näher zu kommen suchen mufs. Auch folgt man wirklich in Sachen im Ganzen diesem Grundsätze. Wo die Ungleichheit der Grundsteuern gar zu groß ist, wird sie gehoben; an gänzliche Befreyung davon, blofs aus Gnaden, ist nicht mehr zu denken *), und die Sätze bey den

*) Wenn eine solche Befreyung in den Urkunden und sogar noch in der vorliegenden Schrift S. 109. sonderbar heisst, so fällt man auf den Gedanken, dafs der Gerechtigkeit wenigstens mit den Worten gehuldigt werde, indem ihr der That nach zuwider gehandelt wurde.

den Quatembersteuern sollen dem Vermögen und Verdienst angemessen werden. Bey solchen Grundsätzen fällt es nicht wenig auf, daß der Verf. S. 137 so stark auf den Unterschied zwischen den Donativ - Geldern und den Steuern dringt und sagt: „die Ritterschaft wird, wenn sie ihr Interesse versteht, ihre außerordentlichen Beysteuern nie mit der gemeinen Landesbewilligung vermen- gen, und dadurch ihren Mitständen den Grundsatz der Gleichmachung einräumen.“ Eine solche Stelle bedarf keiner Anmerkung in unsern Zeiten; sie richtet sich selbst oder vielmehr den Verf.; und man darf wohl hoffen, daß, wenn ja neue Abgaben nöthig werden sollten, dabey die verhältnismäßige Gleichheit als Grundsatz angenommen und die Ritterschaft keine sonderbare Befreyung durchsetzen oder nur verlangen würde *). Was geschehen ist, mag

*) Hr. N. meynt S. 130. eine durchgängige Gleichheit müsse nicht durch Schriftstellerische Auctorität, sondern durch gründliche Landtägliche Verhandlungen und Landesherrlichen Ausspruch eingeführt werden,

mag die Verjähmung decken, wenn nicht freyer und edler Wille einen Theil der Ungleichheit aufheben will, denn das kann man unmöglich zugeben, dafs, wie Hr. N. S. 122 sagt, die Landesbewilligungen jedem Contribuenten nach seinen eigenen Kräften wirklich zugemessen wären; und wie sonderbar ist eine solche Behauptung in der Schrift eines Mannes, der sich so stark gegen den Grundsatz der Gleichmachung stemmt. Auch ist schwer zu begreifen, wie er auf eben derselben Seite behaupten kann, die Besteuerung der Ritterchaft werde die Lasten der Städte nicht vermindern, sondern blofs das Aerarium bereichern, und diese hätten daher kein Interesse, jene Besteuerung zu verlangen. Wenn sie bey dieser auf Gleichmachung dringen, so kann diess unmöglich einen andern Sinn haben, als dafs ihnen ein

Theil

den, wenn sie ja eingeführt werden sollte. Diess meynt der Verf. dieser Blätter auch, in so ferne es als möglich gedacht werden kann, dafs durch Schriftstellerische Autorität ein Landesgesetz aufgehoben werde.

Theil der Last abgenommen und auf die Rittergüter gelegt werde. Gesetzt ferner, nur das Aerarium werde bereichert, würde es dadurch nicht in den Stand gesetzt werden, die ganzen Schulden des Staats früher als bey der gegenwärtigen Einrichtung abzutragen? und vermehrt nicht sein Vermögen, wer seine Schulden bezahlt? Wie kann man endlich sagen, die Städte hätten kein Interesse, auf gleiche Vertheilung der Steuern zu dringen, selbst in dem Falle, daß diese ihnen nicht zu Gute käme? sind die Städte nicht Landesstand, der auf das allgemeine Beste sehen soll? — Doch es ist wahr, die Städte und die Landeseigenthümer repräsentiren keine Nation, sondern niemand als sich selbst (S. 198.) — damit ja nicht etwas in unserer Verfassung einem *Contrat social* ähnlich sehe! —

Wenn S. 116 gesagt wird, der Landesherr wolle auch deswegen keine Veränderung in dem bisher bestandenen Verhältnisse der Abgaben, weil er bey Besteuerung der Rittergüter die Donativgelder derselben ein-

einbüßen würde, so kann man sich wohl wundern, daß das so leichte Auskunftsmittel ganz übersehen wird. Dem Landesherrn könnte ja von den neuen Steuern diejenige Summe abgegeben werden, die er bisher erhalten hat, so wie Er einen bestimmten Theil von der Accise an das Steuerärarium abgiebt. Und jene Verwunderung steigt noch, wenn man bedenkt, daß bey dieser Einwendung die Gefinnungen unsers jetzigen Landesfürsten so ganz übersehen werden. Hat er denn nicht in dem neuesten Kriege die zum Unterhalt der Armee nöthigen Summen größtentheils aus Kassen hergegeben, worüber dem Lande keine Rechenschaft abgelegt wird? Von einem solchen Fürsten darf man doch nicht geradezu behaupten, er würde eine neue wohlthätige Einrichtung bloß deswegen nicht wollen, weil er eine so kleine Summe, als gewöhnlich die Donativgelder ausmachen, aufopfern müßte. Aber diese Aufopferung wäre, wie gesagt, gar nicht nöthig, eben so wenig als daß die Kammergüter die Steuerfreyheit verlören, wenn

wenn sie den Rittergütern genommen würde. Doch, wie schon mehr als einmal angeführt worden ist, zielt alles dieß nicht dahin, daß das Steuerwesen einer totalen Umschmelzung unterworfen werde. Und eben deßwegen wird hier manche Bemerkung übergangen, die über die vorgespiegelte Zufriedenheit mehrerer Klassen von Staatsbürgern noch zu machen wäre. Wenn aber Hr. N. S. 137 darauf hindeutet, daß die Begriffe von verhältnißmäßiger Gleichheit in den Abgaben nur einer gewissen Klasse Menschen, die das wenigste Interesse an der Erhaltung des Staats haben mögen, und unter ruhigen Staatsbürgern noch nicht allgemein wären, so muß wenigstens bemerkt werden; daß nach Hrn. N. eigener Angabe schon in den Jahren 1651. 1664. 1687 die Städte, das heissen doch wohl Gemeinheiten, die ein Interesse an der Erhaltung des Staats haben, sich gegen die Steuerfreyheit der Ritterschaft geregt haben. So ist übrigens das neue doch alt, und das besondere doch wohl allgemeiner, als es in jener Stelle vor-

vorge stellt wird, Auch dürfen die zum Theil unrichtigen Urtheile über das Verhältniß der Stadtbewohner zu den Land leuten und über den Wohlstand der Städte nicht mit Stillschweigen übergangen werden.

Hr. A. hatte gesagt, der Landmann wisse sich zu helfen, um seine Abgaben auf die Preise der nothwendigen Lebensmittel zu schlagen. Darauf antwortet Hr. N. „der „ohngedungene Sachwalter *) der Städte „vergift aber hierbey, daß hinwiederum „auch der bürgerliche Kauf- und Handwerks- „mann sich sehr wohl darauf versteht, sei- „ne Abgaben auf den Preis der dem Land- „mann ohnentbehrlichen Waaren zu schla- „gen“ (S. 117). Diesen Einwurf hätte Hr. A. allerdings berühren sollen. Ist aber sei- ne Vergessenheit zu tadeln, so ist es noch weit mehr die des Hrn. N., der gleich nach jenem Einwurfe hinzusetzt:

„Ue-

*) Ist denn Hr. N. der gedungene Sachwalter der Ritterschaft?

„Ueberhaupt aber steht der Landmann
 „besonders gegenwärtig zu gut, um eine
 „Veränderung, wobey er nichts gewinnen
 „könnte, zu wünschen, und wenn es auf
 „den Gebrauch des Rechts des Stärkern an-
 „käme, so möchte der Städter, von dem
 „er sich durch den Bier- und Innungszwang
 „bedrückt zu seyn glaubt, sich schwerlich
 „seines Beystands zu erfreuen haben.“
 Welch sonderbares Ueberhaupt und
 welcher Gegensatz! Er giebt ja zu, was
 zuvor widerlegt seyn sollte! und wenn et-
 wa der eingeschobene Satz wegen des Bier-
 und Innungszwangs die Sache wieder auf
 den rechten Weg bringen soll, so gesteht
 ja Hr N. S. 176 bis 178 selbst, daß dem
 Bierzwange die natürliche Freyheit und der
 Gaumen der Landleute jederzeit widerstre-
 ben werde, daß dem Städter zur Erledigung
 ihrer Beschwerden über das Bierbrauen auf
 den Dörfern im Jahre 1793 der wohlmei-
 nende landesväterliche Rath gegeben wor-
 den sey, gutes Bier zu brauen, und daß
 ohne Befolgung dieses Rathes alles Grava-
 miniren auf Landtagen wegen der Beein-
 trächti-

trächtigung des Bierzwanges von Seiten der Dorfschaften ganz vergeblich sey. Das heisst doch wohl mit andern Worten: der That nach findet kein Bierzwang statt? Mit dem Innungszwange überhaupt, in so fern er hieher gehört, hat es gleiche Beschaffenheit. Wie viele Handwerker leben nicht jetzt auf den Dörfern? wie viele Handelsleute laufen nicht auf denselben umher? die einen wie die andern können dort wohlfeiler leben als in den Städten, folglich auch wohlfeilere Waaren liefern. Und wäre dieß auch nicht, so ist doch wenigstens offenbar, daß dem Landmanne die Produkte des Bürgers bey weitem nicht so unentbehrlich sind, als diesem die Produkte von Jenem, und daß folglich der Bürger auf den Preis seiner Erzeugnisse gar nicht die Abgaben so uneingeschränkt schlagen kann, als der Landmann. Wird dieser ja in etwas durch die Concurrenz eingeschränkt; so kann er doch, welches leider! häufig geschieht, sein Getreide auf Theurung hinglegen, während der Bürger, eben weil er nicht so gut steht, einen mässigen Preis

hal-

halten muß, um nur etwas abzufetzen und — kümmerlich zu leben. Wenn übrigens unsere Meinung gar nicht dahin geht, auf eine Reform des ganzen Steuerwesens oder auf Verstärkung des Innungszwanges hinzuweisen, so scheint es uns dagegen, daß dem Mißverhältnisse zwischen dem Städter und Landmann durch eine Mafsregel abgeholfen werden könne, welche im Ganzen beyden vortheilhaft ist. Man lege allgemeine Magazine an, die den Preis des Getreides für jedermann in einer mittlern Höhe erhalten. Daß der Vorschlag ausführbar sey, hat Friedrich II. bewiesen. Auch findet das einzige Hinderniß, welches in manchen andern Ländern der Ausführung entgegen stehen dürfte, der Geldmangel, in Sachsen nicht statt. Wäre es nöthig zu Anlegung jener Magazine Geld aufzubringen, so würde das erforderliche Capital unter Garantie der Stände gewiß in kurzer Zeit zusammen kommen. Die Städte würden gewiß auch willig die Hände zu allen nöthigen Mafsregeln bieten.

Wor.

Woran mag es also liegen, daß ein solches Project noch nicht ausgeführt ist? Die öffentliche Meinung wirft die Schuld auf das entgegen stehende Interesse der Ritterschaft; sie beweise, daß dieser Vorwurf ungerecht sey — mit der That. Gerade jetzt würden bey dem hohen Preise des Getreides freylich die Magazine nicht angelegt werden können. Aber sie biete die Hand dazu, schlage Mittel vor, den nöthigen Fond herbey zu schaffen und zeige, daß es ihr Ernst damit sey, so wird höchstwahrscheinlich schon ein solcher Entschluß wohlthätig auf den Getreidepreis wirken. Wie viel mit ernstlichen Maasregeln in diesem Falle bewirkt werden könne, hat man vor ungefähr zehn Jahren in der Lausitz gesehen. Als Theurung drohte, faßte die Ritterschaft auf Antrieb des jetzigen Hrn. geheimen Finanzrathes von Stutterheim, damaligen Syndicus der Landschaft den Entschluß, ausländisches Getreide kommen zu lassen, und bewirkte durch diesen bloßen Entschluß, daß das inländische

hin-

hinreichte, und im mässigen Preise erhalten wurde. *)

Anstalten zur Vorbeugung der Theuerung sind zwar gerade jetzt um so nöthiger, da die Manufacturen stocken, aber auch überhaupt, vorzüglich für die Städte, zu wünschen. Dafs diese ihren Erwerb nicht in Verhältnifs des Preises der nothwendigen Lebensmittel erhöhen und vermehren können, ist oben schon gesagt worden. Noch ist aber etwas über die Gründe anzuführen, welche Hr. N. für den jetzigen Wohlstand der Städte in Churfachsen angiebt: nämlich den in Rücksicht auf vorige Zeiten vermehrten Flor der Fabriken und Manufacturen, die grosse Geldmasse überhaupt, und der Reichthum vieler einzelner Personen insbesondere, die sich gewöhnlich in Städten aufhalten, und endlich die wachsende Volksmenge in denselben.

*) Es wurde zwar ausländisches Getreide wirklich eingekauft, aber wenig oder nichts ins Land geschafft, weil es nicht nöthig war.

ben. Diese Thatfachen kann man mit Wahrheit nicht läugnen, dagegen aber mit Grund anführen, daß bey der jetzigen Lage der Dinge die Manufakturen wohl die Unternehmer reich machen können, den größten Theil der Arbeiter aber gewöhnlich in Armuth und Dürftigkeit lassen, ja, so bald die Geschäfte stocken, in großes Elend versetzen; und daß die große Geldmasse eines Landes und der Reichthum einzelner Personen, so wie die vermehrte Volksmenge gar nichts für den allgemeinen Wohlstand der Städte oder eines Landes beweist. England ist das reichste Land in Europa, und enthält zugleich die größte Menge von Bettlern. Im ehemahligen Pohlen waren Tausende sehr reich und Millionen in der äußersten Armuth — und so könnte es auch in Sachsen seyn. Es ist nicht ganz so, aber gerade in Mitweyda, das Hr. N. unter den kleinen Städten als Beyspiel anführt, wo rechtschaffene Männer sich ein ansehnliches Vermögen erworben haben, und wie er hinzusetzt, „nicht
 „erwerben konnten, ohne Tausenden ih.
 rer

„rer Mitbürger Brod und Erwerb zu geben,“ gerade in Mitweyda herrscht schwerlich unter der niedern Classe Wohlstand. Auch scheint es nicht patriotisch, die Fabrikherren in dem verderblichen Vorurtheile zu bestärken, das allein sie andere und nicht auch andere sie ernähren, das nur die Arbeiter ihren Fabrikherren und nicht auch diese jenen Dank schuldig seyn *). — Wenn endlich die vermehrte Volksmenge in den Städten auch ihren Wohlstand beweisen soll, so denke man an China, wo eben die Volksmenge das Elend bisweilen so groß macht, das man zu gewaltsamen Mitteln greift, um sie zu vermindern.

5.

*) Die Arbeiter hätten doch wohl eher ihr Brod außer den Fabriken als die Herren derselben ohne Arbeiter Reichthum erworben. Das will aber der Eitelkeit gar nicht einleuchten, und wird selbst dann noch verkannt, wenn die Fabrikherren unerlaubte Mittel gebrauchen um Arbeiter an sich zu ziehen.

C.

5.
 Hr. N. giebt sich von S. 183 an viel Mühe zu beweisen, daß die Vorrechte des Adels in Sachsen sehr gering seyn, und setzt sie nur in das Erscheinen auf den Landtagen, und in den Alleinbesitz der eigentlichen Hofämter. Daß dieß keinesweges gegründet ist, und daß Hr. N. nicht weniger als Hr. A. sich Uebertreibungen zu Schulden kommen läßt, bedarf für denjenigen, der mit der Lage der Dinge in Sachsen bekannt ist, keiner großen Auseinandersetzung, soll aber doch gleich, so viel es für diese Blätter gehört, gezeigt werden, wenn wir zuvor über das erste der angeführten Vorrechte eine Anmerkung werden gemacht haben.

Hr. N. berührt S. 184 die Einrichtung, daß auf den Landtagen kein Rittergutsbesitzer erscheinen darf, wenn er nicht 8 adeliche Ahnen von Vater und Mutter beweisen kann, und sagt: „Da sich sehr viele „und beträchtliche Rittergüter in den Händen solcher Besitzer befinden, die diesen
 „Be-

„Beweis nicht führen können, und die
 „gleichwohl weit mehr Interesse an der Er-
 „haltung der Wohlfahrt des Landes haben als
 „mancher Besitzer einer kleinen Ritterhufe,
 „so würde der Adel denenselben die Auf-
 „nahme in seine Genossenschaft zu verwei-
 „gern keine Ursache haben, wenn nicht
 „das Decret vom 15. März 1700 (*Cod.*
 „*Aug. I. S. 367*) und die darauf sich grün-
 „dende Observanz im Wege stünde.“ Der
 erste Theil dieser Bemerkung ist so ver-
 nünftig, daß man sich desto mehr über
 den zweyten wundern muß. Hat der alte
 Adel keine andere Ursache zum Halten
 über die Observanz als jenes Decret, so
 sieht man gar nicht ein, warum er nicht
 einen Versuch macht, es auf eben die Art
 wieder aufheben zu lassen, wie es erhalten
 worden ist. Es heißt ja in diesem Decrete
 ausdrücklich, daß es auf Bitten der
 Ritterschaft gegeben worden ist, und
 die Geschichte der Landtagsverhandlungen
 lehrt, daß der Landesherr nur dem hefti-
 gen Andringen des Adels endlich gleichsam

wider Willen nachgegeben habe *). Wie sehr aber die Aufhebung dieses Gesetzes dem Geiste der Zeiten angemessen sey, übergehen wir, da Hr. N. diess selbst zuzugeben scheint, und kommen auf die Vorrechte oder vielmehr Vorzüge des Adels in Sachsen. Denn daß nach der Landesverfassung derselbe kein ausschliessendes Recht auf die Stellen im Ministerium und allen übrigen Collegien habe, hat wohl seine Richtigkeit, daß er aber hierbey sowohl, als bey andern Stellen große Vorzüge genieße, nicht minder.

„Die

*) Wenn man auch wegen der vergrößerten Auslöungskosten Bedenken tragen könnte, die Zahl der Landstände durch Aufnahme der unadelichen und bürgerlichen Schriftassen zu vermehren, so würde es doch sehr zweckmäßig seyn, wenn von einer bestimmten Anzahl solcher Rittergüter ein Deputirter auf dem Landtage erscheinen dürfte, so wie die Verfassung es den Amisassen gestattet: ein Vorschlag, den auch neuerlich Hr. Hausmann gethan hat. Nur müßten die 16 Ahnen kein Erforderniß dieses Deputirten seyn.

„Die Raths- und Gerichtscollegia waren
 „den ihrer Verfassung nach zur Hälfte, und
 „nunmehr zum Theil über die Hälfte mit
 „Räthen bürgerlichen Standes besetzt.“
 (S. 187). — Wir übergehen, daß schon
 dieß Recht des Adels auf die Hälfte der
 Stellen in Gerichtscollegien ein Vorzug ist,
 da er der Zahl nach dem bürgerlichen Stan-
 de nicht gleich kommt; das aber können
 wir nicht übergehen, daß in den Raths-
 collegien überhaupt eine solche Verfassung
 statt finden soll. In dem geheimen Finanz-
 und Kriegscollegium, hat kein einziger
 Bürgerlicher, wenn nicht der Verfassung
 doch der That nach, jetzt Sitz und Stimme,
 und in den Stiftsregierungen, Wurzen, Mer-
 seburg und Zeitz, sind überhaupt nur zwey
 bürgerliche Räte ange stellt. Und wendet
 Hr. N. vielleicht ein, daß viele von den Rä-
 then in den genannten Collegien zu den
 Neugeadelten gehören, so ist dieß eben ein
 Punkt, worüber häufig Klage geführt wird.
 Bürgerliches Verdienst reicht nicht mehr
 hin, gewisse Stellen zu erhalten, wenn
 ihm nicht wenigstens ein erkauftes Von,
 in

in welchem vernünftige Leute nach S. 62 nie etwas lächerliches finden werden, die Krone aufsetzt; dieß ist in der That schlimm und war sonst nicht so. Es reizt die Eitelkeit der Menschen und giebt denjenigen, welche wohl wissen, wie man im allgemeinen die Nobilitätsucht betrachtet, einen starken Entschuldigungsgrund an die Hand. Wenn man für einige hundert Thaler seinen Söhnen auf Raths- oder Officierstellen einen Anspruch verschafft, den sie sonst nicht haben würden, so kann man wohl eine solche Summe nicht besser anlegen. Indem wir dabey der Officierstellen erwähnen, so müssen wir ein Wort über die 150 bürgerlichen Officiere sagen, die Hr. N. S. 188 zur Widerlegung anführt. Abgerechnet daß eine solche Zahl bey einer Armee wie die Sächsische immer gering ist, so beweiset sie nicht einmal, was sie beweisen soll. Es ist hauptsächlich die Frage, ob nicht der Adel jetzt mehr vorgezogen werde als sonst, und Hr. N. hätte also nur diejenigen bürgerlichen Officiere anführen sollen, die seit einem gewissen Zeitraume,

als

als seit 10 Jahren, angestellt worden sind. Wenn man jetzt die Anstellungen bey der Armee überfieht, so findet man höchst selten eines Officiers ohne V o n erwähnt, und es ist eine allbekannte Sache, daß sich sehr oft die Obersten weigern, einen Fahnjun-ker zum Avancement vorzuschlagen, wenn er sich nicht zuvor ein Adelsdiplom ver-schafft hat. Es lassen sich daher Leute no-bilitiren, die nur mit Mühe und Noth die dazu gehörigen 3 bis 4 hundert Thaler auf-bringen. Bey den hohen Rathscollegien war es gleichfalls sonst nicht so wie jetzt. Bey Stiftung des geheimen Finanzcollegi-ums, wurden mehrere bürgerliche Rätthe in dasselbe aufgenommen, so wie zuvor mehrere in dem Accis- und Cammercolle-gium saßen. Ob dießs bloßs daher komme, wie Hr. N. S. 176 sagt, daß sich der Adel jetzt mehr als sonst der That nicht dem bloßen Namen nach, auf Wissenschaften legt, bleibt hier unerörtert, damit nicht der Verf. dieser Blätter zu denjenigen Schriftstellern gerechnet werde, welche sich nach S. 61 alle Ungezogenheiten gegen den Adel

Adel erlauben. Sollte aber der angeführte Grund hinlänglich seyn, so müßte zugleich bewiesen werden, daß sich die Bürgerlichen weniger als sonst auf Wissenschaften legen, welches ein nicht minder schwerer Beweis als der vorige seyn würde. Dagegen ist es eine ausgemachte Sache, daß sehr oft der Adliche damit anfängt, womit der Bürgerliche, wenn es hoch kommt, in der Regel seine Laufbahn beschließt. Da nun überdies aus dem Adel alle Obersteuereinnehmer, die Amts- und Kreishauptleute, die Kreis- und Marschcommissarien, die hohen Forst- und Jagdbeamten genommen, so wie viele andere ansehnliche Stellen besetzt werden, und da Hr. N. nach S. 188 selbst nicht in Abrede ist, daß Adliche jetzt auch solche Stellen erhalten, die ehemals bloß mit Bürgerlichen besetzt wurden, so heißt dieß in Verbindung mit dem Vorigen doch wohl, den Adel mehr begünstigen, als es die Landesverfassung, auf die sich Hr. N. S. 183 beruft, nothwendig macht, und ist gerade dem zuwider, was Hr. N. S. 222 verlangt, indem er sagt: „Kein Stand im Staate,

„Staate, kein einzelner Bürger muß vor
 „dem andern begünstigt werden.“ Wenn
 es endlich S. 188 heißt: „Bey uns in Chur-
 „sachsen haben wir nur Einen Fürsten, der
 „mit eignen Augen sieht, und Beweise ge-
 „nug gegeben hat, daß er auch bürgerli-
 „ches Verdienst zu schätzen wisse,“ so
 sind wir weit entfernt, diess in Zweifel
 ziehen zu wollen. Dagegen aber behaup-
 ten wir, daß kein Fürst alles sehen kön-
 ne, und daß sehr vieles auf die Präsen-
 tation und Recommendation an-
 komme, welches wohl wiederum niemand
 leugnen wird, der die Möglichkeit und
 Wirklichkeit nicht aus den Augen verliert.

6.

„Mehrern Grund (als die Klage über
 „Begünstigung des Adels) möchte wohl die
 „Klage wegen allzu geringer Befoldung für
 „sich haben“ sagt Hr. N. S. 189. Gleich-
 wohl schiebt er nachher die Schuld der Kla-
 ge auf das häufige Studieren, auf den Lu-
 xus, auf das Verlieben, und auf das Hey-
 rathen. Diess paßt wohl schwerlich zusam-
 men.

men. Wir wollen einiges ausheben. Zur Rechtfertigung der kleinen Befoldungen heisst es S. 190. Es gehet keine Stelle auf, sie sey groß oder klein, so finden sich zwanzig Candidaten, die ihre Anstellung als die allergrößte Gnade nicht des Staats, sondern des Landesfürsten ansehen. Hierbey hat Hr. N. die etwanige Uebertreibung wegen der allergrößten Gnade abgerechnet, in dem was die Thatfache betrifft, sehr Recht; aber sehr Unrecht, in dem, was er damit beweisen will. Auch der Arbeiter in den Fabriken, drängt sich in nahrungslosen Zeiten zur Arbeit, wenn sie ihm gleich das tägliche Brod nur zur Hälfte giebt. Wer würde aber damit beweisen wollen, dass der Lohn hinreichend, oder kein größerer zu verwilligen sey. Die Fabrikherren können oft in solchen Zeiten nicht hinreichenden Lohn geben; wenn sie aber denselben verkümmern, bloß um sich selbst zu bereichern, während die Arbeiter verarmen, so wird man sie mit Recht der Hartherzigkeit beschuldigen. Eben so ist es mit dem Staate. Dieser kann bisweilen nicht hinlänglich Brod geben.

geben. Wenn sich aber keine Kassen füllen, während daß der Magen der Beamten leer bleibt, so ist es natürlich, daß man eine richtigere Proportion in der Fülle wünscht. Wir überlassen jedem Patrioten zu beurtheilen, ob dieser Wunsch für Sachsen natürlich sey, und ob die äußerste Noth es rechtfertige, daß die Einnahme der Unterbeamten noch verringert wird. Diefs geschieht bey sehr vielen neuen Besetzungen, besonders solcher Stellen, die das geheime Finanzcollegium vergiebt; und nur allein bey dem Jagddepartement ist uns eine nicht geringe Anzahl von Fällen bekannt, wo die Einnahme dieser Aemer um 20, 30, 100. und mehr Thaler verringert, und diese Ersparnisse zum Theil in Landesherrliche Kassen geleitet wurden *). Ja es wird bisweilen

*) Bisweilen wird auch den höhern Beamten das zu Theil, was den Subalternen abgenommen wird. Bey dem geheimen Finanzcollegium ist jetzt die Einrichtung getroffen, daß die Sporteln nicht mehr den Secretären überlassen werden, sondern eines Theils zur Bestreitung ihrer fixen Be-
soldung

len zu gleicher Zeit die Arbeit der Beamten vermehrt, die Einnahme aber vermindert. Dieß ist z. B. durch das neue Baubegnadigungsmandat geschehen. Nach demselben sollen die Accisinspectoren für alle erschwerte Arbeit der Regel nach nicht nur nichts fordern, wie sie vorher thun durften, sondern auch nichts nehmen, wenn es ihnen gutwillig gereicht wird, und was sowohl ihnen als den Acciscommissarien in gewissen Fällen verwilligt wird, ist nicht die Hälfte von dem, was sie in diesen Fällen aus ihrem Beutel aufwenden müssen. Ist man dabey von dem Grundsätze ausgegangen, daß die Accisinspectoren nicht als solche, sondern durch andere Mittel ihr Brod verdienen sollen, so entsteht die Frage, ob dieser Grundsatz nicht eben so viel heißt als: sie sollen bey andern Beschäftigungen mehr empfangen als sie verdienen, und wenn sie für den Staat arbeiten, nicht empfan-

soldung dienen, andern Theils durch den Ueberschuß, den sie gewähren, hauptsächlich die Einnahmen der Räte vermehren.

pfangen, was sie verdienen. Man sollte doch überdiß bedenken, daß solche Verordnungen nur für die Rechtschaffenen drückend sind. Der Unredliche nimmt, aller gedrohten Strafe ungeachtet, doch, und nur der, dem die Gesetze wirklich heilig sind, so wehe sie ihm auch thun, erfüllt seine Pflicht. Daß er sie aber mit Freudigkeit erfülle ist zu viel verlangt, ob ihm gleich sein tägliches Brod im strengsten Sinn nicht fehlt. Wenn Hr. N. S. 210 und 211 auf die Zufriedenheit mit der bloßen Nothdurft dringt, so wird er schwerlich in dem Sinne, in welchem er sie nimmt, je die menschliche Sinnesart so weit umstimmen können, als zu einer solchen Zufriedenheit nothwendig ist. Auch zeigt er Spuren genug, daß er selbst nicht daran glaubt. Er rechnet ja, um nur Eines anzuführen, zur Zufriedenheit des Adels, daß dieser sein Recht, nur Donativgelder und keine eigentlichen Steuern zu erlegen, auf ewige Zeiten erhalte und bewahre. Das heißt doch gewiß viel zur Nothdurft rechnen und weit mehr als Luther in der Auslegung der Bitte

te

te um das tägliche Brod. Gleichwohl schränkt Hr. N. diese Auslegung sehr ein und sagt S. 211. es verstehe sich von selbst, daß das aufgestellte Verzeichniß der darunter begriffenen Dinge nur beyspiels- und bedingungsweise zu nehmen sey. Hierin sind wir allerdings seiner Meinung, begreifen aber erstlich nicht, wozu die ganze Auslegung angeführt wird, wenn man doch nichts daraus folgern soll, und noch weniger sehen wir zweytens ein, mit welchem Grunde Hr. N. nachdem er gesagt hat: Nicht alle gute Bürger können Weib und Kind, und so auch nicht alle Haus und Hof haben, hinzu setzt, sie wären um deswillen nichts unglücklicher, wenn sie auch ein und das andere Stück aus jenem Verzeichnisse entbehren müßten. Vom Haus und Hof sagen wir weiter nichts, als daß er (S. 137) selbst zu verstehen giebt, eben diejenigen wären gewöhnlich schlechte Staatsbürger, die weder Haus noch Hof hätten. Wenn er aber meint, auch ein Weib gehöre nicht zu den Bedürfnissen des Menschen, so muß er entweder die Befriedigung des Geschlechts-
triebes

triebes aufser der Ehe für gut halten, oder
 gar nicht wissen, daß eben diese Befriedi-
 gung einer von den häufigsten Verstößen
 gegen die Moral ist. Ist denn Hr. N. nie
 in eine solche Versuchung gerathen, oder
 hat er sie jederzeit überwunden? Heil
 denn ihm! — Aber für so vollkommen,
 als demnach Er ist, kann man nicht die
 Menschen im Allgemeinen halten. Und da
 die Natur ihnen den mächtigen Geschlechts-
 trieb gab, die Vernunft aber wie die christ-
 liche Religion nicht will, daß er bloß thie-
 risch befriedigt werde, so muß das tägliche
 Brod, wenn es nicht ein Kummerbrod seyn,
 oder Zucht und Ehre bey der Luther-
 schen Auslegung desselben auch nur Bey-
 spiels- und Bedingungsweise gelten sollen,
 für die meisten Menschen in einem gewis-
 sen Alter zur Ernährung für Weib und Kind
 hinreichen. Indem wir dieses behaupten,
 so dürfen wir uns wohl rühmen, Luthers
 Schule, auf welche Hr. N. S. 213 die neu-
 en Staatskünstler verweist, treuer zu seyn
 als Er. Luther war bekanntermassen ein
 großer Freund von Heyrathen, und hat der
 aller-

allerhöchsten Wahrscheinlichkeit nach Weib und Kind zu den natürlichen Bedürfnissen des Menschen gerechnet.

7.

„Gehorsam gegen die heiligen Gesetze
 „des Vaterlands, heißt es zum Schlusse die-
 „ser Schrift S. 209. ist also die Pflicht des
 „guten Bürgers und Patrioten, nicht Grü-
 „beley über den Ursprung und mögliche
 „Verbesserung. Darüber nachzudenken über-
 „läßt er billig denenjenigen, denen das
 „schwere Amt der Gesetzgebung anvertraut
 „ist, und begnügt sich mit dem Schutze,
 „den ihm die Gesetze, wie sie gegenwärtig
 „vorhanden sind, in seinem Eigenthum
 „und Gewerbe gewähren. Diefs ist eine
 „harte Rede, wer kann sie hören. Joh. 6,
 „60.“ Ja wohl hart! nicht über Verbesse-
 rung nachdenken zu dürfen — wenn man
 nicht Theil an der Gesetzgebung hat. Zum
 Glück stimmt diese Aeufserung nicht mit
 dem überein, was Hr. N. gleich vor der-
 selben thut, und gleich nach derselben sagt.
 Er führt S. 206. zur Bestätigung eine Stelle

aus

aus Kants Rechtslehre an *). Das würde er schwerlich thun, wenn er im Ernste alle diejenigen, welche nicht Theil an der Gesetzgebung eines Staats haben, von allem Nachdenken über dieselbe ausschliessen wollte. Denn auch eine metaphysische Rechtslehre darf man eigentlich nicht schreiben, wenn seine Behauptung Grund hat. Ferner lenkt er gleich nach derselben wieder ein und giebt zu verstehen, er muthe seinen lieben Mitbürgern nicht blinden Gehorsam zu; sie könnten, sie sollten untersuchen und prüfen, was zu ihrem Frieden diene. Dafs sie bey einer solchen Prüfung finden werden, es sey besser die Last der Abgaben und der Unterwerfung unter die Gesetze überhaupt zu tragen, als die unerträgliche Last der Anarchie, die mit jeder Revolution mehr oder weniger verbunden ist, glauben wir gern; aber eben so sehr sind wir überzeugt, dafs sie bey

*) Da Hr. N. Kants Rechtslehre bey der Hand hat, so bitten wir ihn doch zu beherzigen, was da über den Adel und das Lehnsystem S. 192 gesagt wird.

bey ihrem Nachdenken manche Mißbräuche entdecken, manche nützliche Verbesserung wünschen, und die positiven Gesetze des Staates nicht in so ferne heilig finden werden, als diese Heiligkeit auf unbedingte Unveränderlichkeit deuten soll. Ja noch mehr! Sie werden ganz gewifs ein Gesetz finden, das sogar unheilig genannt werden kann, weil es Unheilige und Gottlose macht, und sie werden daher glauben, durch laute Aeufserungen ihres Urtheils die Theilhaber an der Gesetzgebung aufmerksam machen zu müssen, um sie, wo möglich, zu bewegen, eine Verbesserung mit einer Einrichtung zu treffen, durch welche die Moralität eines grossen Theiles der Staatsbürger ganz offenbar gehindert wird. Dafs hiermit das Gesetz gemeynt sey, welches den Religionseid betrifft, wird man schon nach dem Eingange vermuthen. Wir haben die Untersuchung über dasselbe bis hierher verschoben, weil wir uns etwas länger dabey verweilen wollten, und kehren also nun zu den Bemerkungen zurück, die Hr. N. darüber S. 46 ff. macht,

In der Abhandlung des Hrn. A. findet sich S. 22 folgende Stelle: „Da man im Fortschritte des Untersuchens auch die Wahrheit der hergebrachten Religionsmeinungen und die Güte der eingeführten Staatsverfassungen auf den Probierstein bringen will, schreyt alles über die Gefährlichkeit der Neuerungen. Scheint es nicht, als gebe man dadurch zu erkennen, daß alles andere willenswürdige, womit sich der menschliche Geist von jeher beschäftigt hat, in seiner Art weit mehr Brauchbarkeit enthalte, und auf festern Gründen beruhe, als die genannten beyden Gegenstände? Glaubt man etwa durch den Lermen, den man erhebt, der guten Sache zu nützen, oder sieht nicht der Mann von nur alltäglicher Erfahrung sogleich ein, daß dadurch die Aufmerksamkeit nicht bloß auf diese Gegenstände gespannt wird, sondern auch den Verdacht, man müsse sich doch wohl nichts gutes bewußt seyn, sonst werde man nicht so auffahren, zum Begleiter hat? Die Klerisey macht es hierbey, wie sie es von jeher bey

jeder Gelegenheit, wenn sie an ihrer schwachen Seite angegriffen wurde, zu thun gewohnt war. Sie sucht die Großen der Erde durch Schreckbilder in Furcht zu setzen, und giebt sich das Ansehen, als wollte sie den Beweis führen, daß Souveränität auf Orthodoxie beruhe, und beyde mit einander stehen und fallen. Gerade als wenn Leute, die einen dreyeinigen Gott glauben, sich besser in monarchische Staaten, wo doch nur einer herrscht, schicken, als die einen einigen Gott glauben, und dadurch, daß sie die Erbsünde annehmen, vermöge welcher ihnen also auch die rebellionsfucht angeboren ist, und dadurch, daß sie noch dazu einen Teufel glauben, der sie unaufhörlich zu allem Bösen, also auch zum Aufstande verleitet, ruhigere und bessere Unterthanen wären.“

Hierauf erwiedert Hr. N. nachdem er wie billig, die Nothwendigkeit der natürlichen Religion zur Erhaltung des Staats behauptet hat, §. 21, S. 46 ff, folgendes:

„Manche andere zum kirchlichen System der Landesreligion gehörige Lehrrsätze
ha-

haben keinen so unmittelbaren Einfluss auf die Wohlfahrt des Staates. Man kann allerdings ein guter Bürger und friedfamer Unterthan seyn, und muß nicht deswegen, wie Hr. C. A. A. S. 23 der Orthodoxie zur Last legt, verfolgt werden, wenn man auch nach des Verfassers auffallenden und unschicklichen Zusammenstellung keine Dreyeinigkeit, keine Erbsünde und keinen Teufel glaubt.

„In Fällen, wo die bürgerliche Gesellschaft ein öffentliches Bekenntniß zum Christenthum erfordert, bleibt eines jeden Gewissen heimgestellt, was er für einen Begriff mit diesem Worte verbinden wolle. Wer aber ein wahrer Christ seyn will, muß eine Offenbarung glauben. Trägt er alsdann für Gott und sein Wort die gebührende Ehrfurcht, so wird er den Buchstaben seiner Offenbarung, ohne solche nach vorgefaßten Meinungen verdrehen zu wollen, für wahr halten, sollte er auch an der menschlichen Kunstsprache, in welcher dieser Buchstabe zusammengesetzt und Schlussfolgen daraus gezogen worden, noch

noch ein und das andere zu erinnern finden. Er wird in Demuth glauben, was Gott von seinem Sohne und Geist geoffenbart hat. Für dem Innern des Geheimnisses bedecken selbst Engel ihr Antlitz. Lehret uns doch die Vernunft und Erfahrung so viel natürliche Geheimnisse, wovon wir die Art und Weise nicht einsehen können, warum sollte sie denn keine Geheimnisse in übersinnlichen Dingen zulassen wollen? Er wird ferner in dem Lehrsatze von der Erbsünde nichts widersinniges finden, da die Erfahrung bey jedem Menschen, ohne auch nur eine einzige, durch die beste Erziehungsmethode bewirkte Ausnahme vorzeigen zu können, das natürliche Verderben, die Uebermacht der Sinnlichkeit und das selbst von der kritischen Philosophie anerkannte Uebel leider! mehr als zu klar für Augen leget.“

„Er wird endlich weder unmöglich noch auch nur unwahrscheinlich finden, daß es in der Stufenleiter der Schöpfung aufser und über uns noch manche Arten von Geistern gebe, und unter selbigen auch solche
ge.“

geben könne, die sich von der moralischen Vollkommenheit ihres Wesens entfernt haben, ob man gleich weder letztern alles Böse in der Welt zuzuschreiben, noch jeden Schatten an der Wand für den Teufel anzusehen Ursache hat.“

„Indefs ist hierbey niemand für seine Person an den gemeinen Lehrbegriff gebunden. Er kann auch seine Zweifel andern vorlegen, wenn es nur mit gehöriger Bescheidenheit geschieht, und ohne die andern Denkenden, worunter doch auch wohl brave und einsichtsvolle Männer sind, für Dummköpfe zu schelten.“

„Wer aber freylich bey uns eine Rathsstelle, oder ein Obrigkeitliches - oder Lehramt suchet, der muß sich eidlich verbinden, bey der reinen Lehre, wie solche in dem Worte Gottes und den Symbolischen Büchern unserer Kirche enthalten, bis an sein Ende zu beharren, weder heimlich noch öffentlich darwider etwas zu practiciren und wenn er sich davon abwenden würde, solches bey der Behörde ohngescheut

scheut anzuzeigen, und weitere Resolution zu erwarten.“

„Bey Räthen und obrigkeitlichen Personen, so mit dem Vortrage der Religions-Lehren nichts zu thun haben, findet dieses keine Schwierigkeit.“

„Beym Lehrstande, der täglich in Gottes Wort forschen soll, und bey der Menge Einwürfe, die ohne Unterlaß zum Vorschein kommen, wohl dann und wann seine Einsichten ändern kann, entsteht die Frage, ob es recht und zweckmäfsig sey, die Gewissen durch dergleichen Eid zu binden. Die Entscheidung dieser Frage gehört nicht hierher (siehe Kunzens Churfächf. Kirchenr. Th. 3, Kap. 1. §. 9.) Dem Patrioten genüget daran, dafs unsere Vorfahren wohl gute Ursachen gehabt haben mögen, durch solchen Eid beständigen Neuerungen vorzubauen, und dafs ihre Nachfolger gute Ursachen haben, solchen beyzubehalten. Er ist nach dem Willen der Nation und auf angelegentliches Bitten der Stände eingeführt worden. Sollte er abgeschafft werden, so würde doch wohl
die

die Nation darum gefragt werden müssen, und da dürfte die Antwort mit einer grossen Mehrheit verneinend ausfallen. Wer also ein Amt sucht, mag sich prüfen. Hat er den Eid freywillig abgelegt, so darf er sich nachher über keinen Zwang beschweren, sondern es bleibt ihm nichts übrig, als seine vermeinten bessern Einsichten und den dadurch zu erlangenden Ruhm, dem Gehorsam gegen die heiligen Gesetze des Vaterlandes aufzuopfern, oder wenn er nicht schweigen zu dürfen glaubt, sein Amt niederzulegen.“

Hr. N. vertheidigt also nicht nur den Eid auf die symbol. Bücher im allgemeinen, sondern auch namentlich die in Churfachsen gewöhnliche Formel. So sehr wir ihm wegen des ersten beypflichten, und von der Nothwendigkeit des Eides auf ein Symbol überzeugt sind, so wenig können wir mit ihm wegen des andern einerley Meinung seyn, und wir können kaum glauben, daß er bey einer wiederholten Ueberlegung die angeführte Stelle selbst noch billigen werde. Die folgende Darstellung wird hoffent-

fentlich unsere Behauptungen rechtfertigen, indem wir zeigen werden, in welchem Sinne nothwendig der Eid auf ein Symbol geleistet werden müsse, das aber unsere Eidesformel vielfachen Tadel verdiene.

Wenn eine Gesellschaft von Menschen im Fortschreiten der Kultur so weit gekommen ist, das sie ein Bedürfnis nach bestimmten Unterricht in der Religion fühlt, so wird sie berathschlagend zusammentreten, um die Mittel ausfindig zu machen, die jenem Bedürfnisse abhelfen könnten. Ehe sie aber noch dies Gefühl haben kann, muß sie von der Wichtigkeit religiöser Begriffe überzeugt seyn, und diese Ueberzeugung ist wieder nicht möglich, wenn sie nicht schon eine bestimmte Summe religiöser Begriffe hat. Alles zusammengefaßt sind also die Umstände folgende: Die Gesellschaft, oder vielmehr jedes sie constituirende Mitglied hat eine gewisse Menge Religions-Meinungen, bemerkt den großen Einfluß derselben auf sich und auf das Ganze und wünscht sie daher in, um und neben sich zu

zu erhalten, und auf die Nachkommenschaft fortzupflanzen. Welches Mittel wird man wählen, um zu diesem Zwecke zu gelangen? Unstreitig wird man zuvörderst über die religiösen Begriffe selbst einig zu werden suchen. Aber bey der Verschiedenheit, die überhaupt in allem, was Meinung und Glaube heist, nothwendig unter den Menschen herrscht, wird dies nur unter der Bedingung möglich seyn, daß jeder Einzelne etwas von seiner Privatmeinung aufopfert. Das also, worin sie übereinkommen, wird das Allgemeine und weniger Bestimmte seyn. Diesen Inbegriff allgemeiner und weniger bestimmter Religionsbegriffe, die eine Gesellschaft für die ihrigen erklärt, hat der Sprachgebrauch das Uebereinstimmen schlechthin, Symbol genannt. Die Gesellschaft wird daher als erste Bedingung ihres Zweckes ein Symbol abfassen; dann wird sie erklären, nach demselben gelehrt seyn zu wollen; und wenn sich einige ihrer Glieder willig finden lassen, dies Geschäft über sich zu nehmen, so werden diese ihr versprechen

sprechen müssen; nach dem Symbole zu lehren.

Welchen Sinn kann dieß Versprechen vernünftiger Weise haben? Zuerst kann es nicht den Sinn haben, daß der Lehrer seinen bestimmtern besondern Privatmeinungen entlage. Denn keines der Mitglieder hat den seinigen entlagt; es hat nur eingewilligt, daß sie nicht in das Symbol aufgenommen wurden. Auch würde sich kein vernünftiger und freyer Mann dazu verstehen, ohne Grund und Beweis eine Meinung, die genau in das System seines Geistes einpaßt, oder, mit andern Worten, die er für wahr hält, bloß deswegen zu ändern, weil ein großer Haufe es beföhle. Ferner kann jenes Versprechen auch nicht den Sinn haben, daß der Lehrer bey dem Unterrichte nichts von seiner Privatmeinung einfließen lassen solle. Denn das würde heißen; die Lehren des Symbols sollen immer nur allgemein und unbestimmt wiederholt, nie erklärt, erläutert und bestimmt werden, und dann würde
das

das Versprechen mit dem übertragenen Geschäfte selbst in Widerspruche stehen.

Was mag also denn damit gemeint seyn? die Gemeinde macht damit dem Lehrer die Erklärung, daß sie von ihm stets bey der Führung seines Amtes Gewissenhaftigkeit und gute Lehrmethode gewärtig sey: Gewissenhaftigkeit, daß er sie nur lehren werde, was er für gut und wahr und heilsam halte; gute Lehrmethode, daß er nie einen Satz vortragen werde, der in offenbarem Widerspruche mit allgemein von der Gemeinde und von jedem einzelnen Mitgliede angenommenen Meinungen stehe, daß er nie unmittelbar einen Satz des Symbols angreife und bestreite, sondern daß er sie lehre, d. h., daß er seinen Unterricht stets an einen Begriff anknüpfe, der schon als gültig angenommen und anerkannt ist, daß er aus ihm zusammenhängend und consequent folgere und daß er sie also langsam und vorsichtig, und nicht durch gefährliche Sprünge weiter in der Erkenntniß führe. So könnte es sich denn allerdings treffen, daß nach einiger Zeit
 sein

sein Unterricht im Widerspruche mit dem Symbol stünde, das gültig war, als er zu lehren anfang. Aber dieß Symbol wäre nicht mehr Symbol, d. h. die Gemeine würde, wenn sie sich wieder berathschlagend versammelte, über manchen Punkt anders denken, als das erste Mahl, und die Ursache dieser Veränderung würde der Unterricht des Lehrers nach dem Symbole seyn.

Dann ist ja aber doch die Gemeine stets dem Gutbefinden des Lehrers preis gegeben? So viel wir von diesem Einwurfe verstehen, liegt es schon im Begriffe eines Lehrers, daß er den Schüler dahin führe, wohin er es für gut hält. Auch kann hier der Inhalt des Unterrichts keinen Unterschied hervorbringen. Der Religionslehrer soll den Zuhörer erbauen; er soll das Wachsthum seiner Erkenntnisse befördern; er soll ihn durch seine Vorträge beleben, damit er das Gute eifriger und williger thue und es nicht bloß bey dem todten Wissen und Glauben bewenden lasse. Wie kann der Lehrer alles dieß mit einiger Wir-

Wirkung thun, wenn er nicht nach seinen besten Einsichten handeln kann, sondern sich von seinem Schüler den Weg vorzeichnen lassen soll, den er unweigerlich wandeln müsse?

Was nützt also der Gemeinde das Versprechen des Lehrers, sie nur nach dem Symbole zu unterrichten? So viel, daß sie nicht unbedingt in seiner Gewalt ist. Sie behält sich dadurch das Recht vor, ihn richterlich zu beurtheilen; sie erhält dadurch einen Rechtsgrund, über den Unterricht des Lehrers und über seine Methode zu entscheiden, und nach demselben zu untersuchen, ob sie mit ihm zufrieden seyn könne oder nicht. Sie kann ihn nun rechtmässig zur Verantwortung ziehen, und ihn ihres Vertrauens und des ihm übertragenen Amtes für unwürdig erklären, ohne damit eine Gewaltthatigkeit gegen ihn zu begehen. Denn hätte sie sich jenes Versprechen gar nicht von ihm thun lassen, und sie hätte nach ihrer Meinung gleichwohl nachher Ursache mit ihm unzufrieden zu seyn, so könnte sie ihm weiter nichts

nichts sagen, als das er nicht so fortfahren dürfe, wenn er ihr Zutrauen erhalten wolle; und hierauf würde er mit allem Grunde seine Unwissenheit vorschützen und vielmehr ihnen Vorwürfe machen können, das sie ihm nicht früher ihre Meinung erklärt hätten. Von diesem Augenblicke an würde sich erst sein Versprechen auf ein Symbol anfangen.

Aus dem bisher gesagten erhellt also sehr deutlich die Vernunftmäßigkeit und Nothwendigkeit des Eides, den ein Religionslehrer seiner Gemeinde zu leisten hat. Wie ist es ihr zuzumuthen, auf gutes Glück sich unbedingt dem Gutbefinden eines Mannes anzuvertrauen, der vielleicht mit jugendlicher Unbesonnenheit und tadelnswürdiger Unerfahrenheit ihr seine neuen Meinungen, sie mögen nach dem Urtheile vieler über den gemeinen Gesichtspunkt erhabenen Menschen wahr seyn oder nicht, gleichsam aufdringen will, ohne ihr zu zeigen, das sie eigentlich die unmittelbare Folge aus Sätzen sind, die sie schon längst selbst zugegeben hat
und

und ohne ihr diese Consequenz so vorsichtig und doch so lebhaft fühlen zu lassen, daß sie ohne Sprung von ihren ehemahligen Vorstellungen zu neuen langsam hingeführt wird? Soll sie sich etwa, nachdem sie durch eine unangenehme Erfahrung den Fehlgriff in ihrer Wahl eingesehen hat, muthwillig der Verlegenheit aussetzen, dem Lehrer, den sie erst selbst wählte, ihre Unzufriedenheit zu erklären, und dann von ihm des Vorwurfs gewärtig zu seyn, er habe nicht gewußt, daß dieß Betragen ihm ihr Mißvergnügen zugezogen habe, und verspreche ihnen nunmehr anders zu handeln? Würde sie also nicht durch einen unzweckmäßigen Umweg endlich eben dahin kommen, wovon sie sogleich hätte ausgehen sollen? Ja ein rechtschaffener Mann wird nicht einmal ein Lehramt übernehmen wollen, ohne auf ein Symbol gewiesen zu seyn; und wenn er keines fände, so würde er mit einem großen Aufwande von mühsamen Untersuchungen sich selbst eins entwerfen, und sich vor seinem eigenen Gerichte darauf verpflichten. Denn nur

E

durch

durch das Symbol wird ihm die Methode bestimmt, die er bey seinem Unterrichte wählen, und der Weg gezeigt, den er gehen muß, um seine Pflichten als Lehrer erfüllen zu können.

Dieß ist die Ansicht, die man aus der practischen Darstellung der Begriffe Symbol und Eid auf das Symbol nach Grundsätzen des Naturrechts erhält. Wem ist es aber wohl unbekannt, daß sie in der Geschichte nicht so vorgekommen ist, daß es sich vielmehr mit der Entstehung aller, und namentlich unserer symbolischen Bücher ganz anders verhält? Indessen wird bey aller dieser Verschiedenheit in der Hauptsache nicht viel geändert. Die symbol. Bücher der Lutherisch - protestantischen Kirche entstanden zwar nicht aus einer allgemeinen Uebereinstimmung der Gemeine, wegen des vorhin angezeigten Bedürfnisses. Aber da die wenigen Lehrer, welche sie verfaßten, die einzigen in jener Gesellschaft waren, welche selbst gedacht hatten, und die andern nur nachhallende Sprachmaschinen waren; so wurden dennoch

noch diese Bücher die Erklärung der allgemeinen Uebereinstimmung. Es tritt also nur der Unterschied mit unserer vorigen Darstellung ein, daß dies wirkliche Symbol sehr bestimmt und sehr speciell abgefaßt ist, indem eigentlich die Privatmeinung eines Einzigen zum Symbol erhoben ward. Ueberhaupt ist ja alles das, was im Naturrechte aus einem Vertrage Aller mit Einem und eines mit Allen abgeleitet wird, auf dem Schauplatze der wirklichen Geschichte meistens das Werk Weniger oder eines Einzigen, der seinen Willen der Menge mit physischer Gewalt oder geistiger Uebermacht aufdrang. So ist es auch in unserm Falle. Luthers Geisteskraft erhob seine Meinung zum Symbole einer ganzen grossen Gesellschaft und seine hartnäckige Festigkeit leistete auch der geringen Zahl selbstdenkender Männer hinlänglich Widerstand. Daher ist denn noch jetzt seine Meinung der Glaube eines grossen Haufens.

Dieses Unterschiedes ungeachtet, läßt sich der Eid, den der Lehrer einer Lutherischen Gemeinde dieser auf ihr Symbol lei-

• stet, ganz mit dem vergleichen, von dem wir vorhin sprachen, sie fordert von ihm mit Recht, daß er ihr seine Privatmeinung nicht aufdringe, von der sie mit gro-
 sser Wahrscheinlichkeit voraus setzen kann, daß sie sich weit von ihrem Symbole entferne, weil dieß so bestimmt abgefaßt ist, und keinesweges nur bey Allgemei-
 nen Sätzen stehen bleibt. Er soll stets von ihrem Symbole ausgehen, soll das, was er nach seiner ihm zugetrauten Gewissen-
 haftigkeit für nützlich und gut im Unter-
 richte hält, immer an ihre alten Ueberzeu-
 gungen anknüpfen, und durch richtige
 Consequenz aus ihren eigenen Grundsätzen
 ableiten, soll sie nie durch eine Behaup-
 tung, die noch nicht in Uebereinstimmung
 mit ihrem religiösen Gedankenysteme ge-
 setzt worden ist, in Verwirrung bringen,
 kurz er soll sie zu seiner bessern Ueberzeu-
 gung mit Vorlicht hinleiten, oder, was
 dasselbe sagt, er soll sie nach einer guten
 und vernünftigen Methode unterrichten.
 Weigert er sich, dieß Versprechen ihr zu
 leisten, oder bricht er es, nachdem er es
 ge-

gethan hat, so wird sie ihm dann rechtlich erklären können, daß auch sie ihres Versprechens entledigt sey, ihn für ihren Lehrer anzunehmen. Oder wenn er selbst glaubte, daß er seine Gemeinde nicht mehr nach ihrem Symbole unterrichten könne, so ist er als moralischer Mann verbunden, sein Amt selbst aufzugeben. Doch läßt sich dieser Fall nicht einmal als möglich denken, wenn man nicht voraussetzt, entweder daß im Symbol kein einziger Religionsbegriff enthalten sey, welches sich selbst widerspricht; oder daß Er alle Religion verwerfe, wodurch er sich aber auch des Namens eines vernünftigen moralischen Wesens unwürdig erklären, und sogar aller bürgerlichen Rechte verlustig machen würde. In diesem Sinn hat also Hr. N. sehr recht, wenn er behauptet, daß der, welcher nach seiner Ueberzeugung nicht mehr nach den symbolischen Büchern lehren könne, verbunden sey, seine Stelle aufzugeben.

So wie wir nun völlig überzeugt sind, daß ein Symbol seyn muß, und daß der Eid auf dasselbe vernünftig und nothwendig

dig

dig ist: so glauben wir auch, daß die Luthersche Kirche sehr wohl thue, eben die symbolischen Bücher zu behalten, und ihnen ihr öffentliches Ansehen zu lassen, die sie schon über 200 Jahre anerkennt. Doch haben wir dazu, wie aus dem bisherigen erhellt, ganz andere Gründe, als die Jesuiten in Dillingen und Hr. Burscher in Leipzig, welche behaupten, daß sich auf das Beybehalten dieses Symbols die politische Existenz der Protestanten in Deutschland gründe, gleich als wenn ihnen Kaiser und Reich dieselbe nur aus Gnaden bewilligt hätte. Denn es wird wohl niemand, der nur einigermaßen mit der Geschichte bekannt ist, daran zweifeln, daß die Siege Moritzens und Gustav Adolphi auch den Muhamedanismus zu einer herrschenden Kirche in Deutschland hätten erheben können. Gewalt der Waffen hat das gegenwärtige System der Religionspartheyen begründet, und bis auf die neuern Zeiten erhalten. Die Protestanten haben nichts der gnädigen Bewilligung der Katholiken zu verdanken; sie haben alles durch ihre Ueber-

Uebermacht erzwungen, und werden es auch hoffentlich bis an das Ende der Zeiten durch dieselben Mittel zu behaupten wissen.

Ungeachtet wir aber den Eid auf die symbolischen Bücher in dem Sinne billigen, den wir hinlänglich erörtert zu haben glauben, so wenig können wir mit einigen Formeln zufrieden seyn, in denen er gewöhnlich geleistet wird. Und hier ist es, wo wir auch Hr. N. gar nicht beypflichten. Die in den Churfächsischen Landen gewöhnliche Eidesformel, die nicht nur die Professoren, Prediger und Schullehrer, sondern auch alle Civilisten, vom Minister bis zum Thorschreiber unterzeichnen müssen, lautet folgender massen:

„Der Unterzeichnete verspricht, bey der reinen Lehre und christlichen Bekenntnisse dieser Lande, wie dasselbe in der ersten ungeänderten Augsburgerischen Confession begriffen und im Concordienbuche repetirt, erklärt, und wider alle Verfälschung verwahrt ist, beständig, ohne einiges Falsch zu verbleiben, und zu verharren, dawider nichts heimliches oder öffentliches

ches zu practiciren; auch wo er vermerkte, daß solches andere thun wollten, dasselbe nicht zu verhalten, sondern ohne Scheu alsbald zu offenbaren. Da auch Gott verhängen möchte, das er doch gnädiglich abwenden wolle, daß er sich selbst durch Menschen Witz und Wahn von solcher reinen Lehre und Erkenntniß des Wortes Gottes zu falschen irrigen Lehren und sonderlich der Papisten und Calvinisten oder anderer in dem Religionsfrieden ausgesetzten und verworfenen Secten abwenden würde, so verspricht er, daß er solches Sr. Churfürstl. Durchl. als bald vermöge seines geleisteten Eides ungescheut anmelden und desselben fernere Verordnung und Resolution erwarten wolle, und solches alles getreulich und ohne Gefährde.“

Die Empfindungen, die durch diese Eidesformel in dem Nachdenkenden erweckt werden, sind äußerst verschieden. Auf der einen Seite fühlt man sich dadurch erhoben, daß ein Mensch dem andern die höchste Kraft der Moralität zutraut, daß er
von

von ihm hofft, er werde bloß aus Achtung für die Heiligkeit seines gegebenen Wortes, die Bestimmung seines ganzen Schicksals, seine Ruhe, die Erhaltung seiner Gattin und Kinder dem Urtheile des andern preis geben, und sich auf Gnade und Ungnade seinen Vorgesetzten überlassen, die er oft kaum dem Namen nach kennt, in so fern nicht anzunehmen ist, daß der Landesfürst in einer solchen Sache jetzt und unmittelbar entscheiden werde. Welche Hoheit der moralischen Gesinnung setzt eine solche Handlung voraus? Und wie erhebend ist also der Gedanke, daß man eine solche Handlung nicht nur für möglich hält, sondern sie sogar von allen erwartet? Auf der andern Seite ist es wieder eben so demüthigend, denselben Menschen, dem man die höchste Sittlichkeit zutraut, zum Auflaurer auf anderer Worte und Handlungen ernannt zu sehen. Er soll den Inquisitor machen, soll seinen Busenfreund verrathen, nicht etwa, wenn das Wohl des Staates in Gefahr ist, oder wenn eine Verschwörung gegen das Leben des Regenten im Stillen schleicht,

schleicht, sondern wenn er seine Meinung über einen Religionsbegriff ändert, und dieß etwa andern mittheilt, und sie fragt, ob sie auch noch dem alten Symbole anhängen. Zugleich ist es empörend, sich zum Mittel brauchen lassen zu sollen, allen freyen Umgang und alle vernünftige Mittheilung unter den Menschen zu hemmen, und einen Geistesdespotismus zu befördern, der fähig wäre, alle Vernunft zu unterdrücken, Endlich erfüllt es noch mit Erbitterung gegen die menschliche Macht, die es wagen kann, sich eine Herrschaft über die Gewissen anzumaassen, und zum Richter über Gedanken und Meinungen aufzuwerfen. So wird das Gemüth von einer Empfindung zur andern hingerrissen und durch die unähnlichsten Gefühle erschüttert. Bringt man sie aber auf deutliche Urtheile, so kann man diese Formel kaum mit der Rohheit des Zeitalters entschuldigen, in der sie abgefaßt ward, und sieht sich genöthigt, sie für das Werk einer physischen Gewalt zu halten, die den Sieg über die Vernunft davon trug.

Seit

Seit zweyhundert Jahren hat nun vielleicht eine Million Menschen diesen Eid geleistet. Welchen Einfluß hat er denn auf ihre Handlungen gehabt? Aus den neuern Zeiten sind uns nur schlechte Wirkungen desselben bekannt. Hie und da ward das feine Gewissen eines Superintenden-
 denten gerührt, und er hielt sich durch sein Versprechen verpflichtet, einen seiner untergebenen Geistlichen, auf den er einen Groll hatte, als Ketzer anzugeben, oder ein Pastor verklagte seinen lieben Amtsbruder in Christo, damit die Gemeinde des Herrn keinen Schaden leiden möchte und er — seine Rache kühlen könnte. Sonst aber handeln die meisten, als wenn sie den Eid nicht geleistet hätten und man findet kein Beyspiel, weder daß ein Professor, oder Prediger oder Schullehrer, noch daß ein Minister, oder Domherr, oder Hofrath oder Accisbedienter sich selbst als Abwendigen angegeben und sein Schicksal der gnädigen Entscheidung seiner hohen Obern überlassen hätte! Worin mögen die Gründe dieser Erscheinung liegen? — Sie sind
 nicht

nicht bey allen dieselben, aber man kann doch ohne Schwierigkeit einige Haupt-Claffen unter diesen Menschen machen.

Viele wissen gar nicht, was sie eigentlich versprechen, indem sie sich durch diesen Eid verbindlich machen, sie sehen ihn als die nothwendige Bedingung an, irgend eine Stelle in Sachsen zu bekleiden, wie er es denn auch ist. Wir kennen Männer, die nicht wußten, daß sie ihn geleistet hatten. Dieß ist natürlich bey denen, die ihren Namen mehrmals unterschreiben, ohne das Obenstehende durchzulesen, besonders bey solchen, welche glauben, der Mann sey nicht für das Amt, sondern dieses für ihn da, und sich daher nicht einmal die Mühe geben, ihre Instruktion, in die jener Eid oft eingeschaltet ist, mit Aufmerksamkeit durchzulesen. Wir kennen andre Männer, die den Eid, als er ihnen vorgelegt ward, absichtlich nicht lasen, gleich als wenn sie sich auch zu nichts verbindlich machten, wenn sie das ignoriren, was sie doch den Worten nach versprechen. Wer wird in Abrede seyn, daß diese und jene etwas leicht-

leichtfinnig handeln? Aber Leichtfinn gehört ja zum guten Tone unserer jungen Welt. Doch mag es auch der ältern nicht daran fehlen. Wäre es sonst möglich, daß nicht bisweilen Männer, die einen Einfluß in die Regierung des Staats erlangten, wenigstens vorbereitende Versuche gewagt hätten, einst die Nachwelt von diesen Fesseln zu befreyen? Aber freylich sie haben dieselben nie getragen, sie haben sie sich gar nicht anlegen lassen. Ob sie dabey als gute Staatsbürger gehandelt haben, und ob es nicht wahrscheinlich ist, daß wer das eine Versprechen ignorirt, auch bey andern oft so handeln werde, als wenn er gar nichts drum wisse, — diess sind andere Fragen. Gesetzt aber auch, daß sie den Inhalt des Eides kennen, so sind sie zu wenig oder gar nicht mit den symbolischen Büchern und ihren Lehren bekannt, und es fällt ihnen nicht ein, daß, wenn man etwas beschwören soll, man sich doch wenigstens einigermaßen davon unterrichten müsse. Daß der kleine Katechismus ein symbolisches Buch sey, wissen sie vielleicht nicht,

nicht, und wenn sie es wüßten, so würden sie vermuthlich eine Unbekanntschaft mit seinen Lehren affectiren und erhaben über solche Kleinigkeiten der Schule können sie ganz ehrlich ihr Versprechen leisten. Wenn sie einmal bis zu diesem freyen Sinne emporgestiegen sind, so können sie dann, vom Eide nicht beschränkt, an Dreyeinigkeit, und Erbsünde; und Teufel und Höllenfahrt Christi zweifeln, können sich über solche Lehren als Märchen lustig machen, können ihren Witz daran versuchen und Narren schelten alle, die noch etwas glauben, und können doch in glücklicher, harmloser Ruhe die Pfründen als Domherren, die Einnahmen als Finanzräthe, die Titel als Generalaccisispectoren genießen. Sie können mit Vergnügen in Gerichtshöfen lachen, wenn etwa ein Advocat von einem religiösen Bürger unter andern Punkten auch deswegen verklagt wird, daß er an öffentlichen Orten sehr ehrenrührige Ausdrücke von der Schwangerschaft der Mutter Jesu gebraucht habe; und sie erwerben sich um ihn auch wohl

wohl das Verdienst, ihn von der Strafe zu befreyen *). Wahrhaftig ein sehr beneidenswerther Leichtsinn, der sie besonders sehr geschickt zu Dienern eines solchen Staates macht, in dem man Gesetze giebt, ohne über ihre Beobachtung zu halten, den aber der bedächtige Mann nicht nachahmen kann. Man bemerkt mit Mißvergnügen, daß diese Denkungsart unter den jungen Männern der höhern Stände besonders seit dem letzten Jahrzehend überhand genommen hat. Wäre dieß nicht, so könnte man mit einiger Gewißheit voraus sagen, daß sie bald dem Geiste des Zeitalters gemäß eine Veränderung mit dem Religions-eide hervorbringen würden. Da sie sich größtentheils alle über einen positiven Religionsglauben erhoben und auch meistens so viel Sinn für Freyheit angenommen haben, daß sie es für feig und ihrer unwürdig halten sich unter Einrichtungen zu beu-

*) Eine Anekdote dieser Art ist uns mit allen Personen und Umständen vom Jahre 1791 bekannt.

beugen, die den Menschen verächtlich machen, so würden sie gewiss, wenn ihr Einfluss in einiger Zeit bedeutend geworden wäre, ihn bald auch in dieser Hinsicht geltend machen. So aber haben sie gar kein Interesse, durch ihre mitwirkende Thätigkeit ein Bedürfnis des Zeitalters befriedigen zu helfen, und zeigen doch auch ihren Unglauben der Obrigkeit nicht an.

Eine andere große Menge derer, die in ihren Handlungen keine Wirkung des abgelegten Eides sehen läßt, mag es wirklich ehrlich meynen. Sie mag wirklich nie gezweifelt haben, und die Lehre auf Treu und Glauben annehmen, wie sie sie vom Urgroßvater ererbt hat. Dahin rechnen wir die meisten alten Geistlichen und viele Civilisten, die wegen überhäufte Geschäfte nie Zeit gehabt haben, an sich zu denken. Nach unserer Meinung erwecken diese ein sehr ungünstiges Vorurtheil gegen sich. Sie müssen nie über irgend einen Religionsbegriff nachgedacht haben. Keine einzige der neuen so sehr in Umlauf gekommenen Vorstellungen muß vor

vor die Ohren ihres Geistes gedrungen seyn. Sind es Geistliche, so verrathen sie dadurch, daß sie sehr früh aufgehört haben fortzustudiren, und daß sie zufrieden mit der scholastischen Weisheit, die ihnen die Herren Professoren ihrer Zeit einflößten, nun nichts für wichtiger hielten, als ihren Leichnam zu pflegen. Eine unerträgliche Classe von Menschen, die hauptsächlich den Stand der Prediger in Verachtung bringen, und dadurch eine Anstalt, die der Segen der Völker werden, und das beste Beförderungsmittel eines ewigen Fortschreitens seyn könnte, herabwürdigen und unnütz oder gar schädlich machen! Sind es Civilisten, so kann man es ihnen verzeihen, daß sie bey dem stehen bleiben, was sie in ihren Kinderjahren gelehrt worden sind. Sie können dabey ihre Geschäfte gut verwalten, und sogar mit einiger Inconsequenz gute Menschen seyn. Nur würden wir ihnen keine solchen Arbeiten anvertrauen, zu denen lebendiger Geist, Selbstdenken und Thätigkeit gehört. Wenn sie diese Eigenschaften befäßen, so würden sie auch über

F

die

Religion nachgedacht haben, und dann würden in ihnen eine Menge Zweifel entstanden seyn. Denn wie ist es ohne diese Lethargie möglich, nie seine Meinung über viele durch die symbolischen Bücher privilegierten Sätze zu ändern! Nur einige derselben mögen zum Beyspiele hier stehen.

„Wer da will selig werden, der muß vor allen Dingen den rechten christlichen Glauben haben; wer ihn nicht ganz und rein hält, der wird ohne Zweifel ewig verloren seyn. Diefs ist der rechte christliche Glaube, daß wir einen einigen Gott in drey Personen und drey Personen in einiger Gottheit ehren. Welcherley der Vater ist, solcherley ist der Sohn, solcherley ist auch der heil. Geist. Der Vater ist nicht geschaffen, der Sohn ist nicht geschaffen, der heil. Geist ist nicht geschaffen. Der Vater ist unermesslich, der Sohn ist unermesslich, der heil. Geist ist unermesslich. Der Vater ist ewig, der Sohn ist ewig, der heil. Geist ist ewig. Und sind doch nicht drey Ewige, son-

sondern es ist nur ein Ewiger. Gleichwie auch nicht drey Ungeschaffene, und drey Unermessliche, sondern es ist Ein Ungeschaffener und Ein Unermesslicher. Also auch der Vater ist allmächtig, der Sohn ist allmächtig, der heil. Geist ist allmächtig, und sind doch nicht drey Allmächtige, sondern es ist Ein Allmächtiger. — Wir glauben, lehren und bekennen, das Gott Mensch, und Mensch Gott sey. Wir verdammen und verwerfen, das Christus nicht wahrhafter natürlicher, ewiger Gott sey, das es ihm unmöglich sey, wegen der Eigenschaft menschlicher Natur, mehr an einem Orte, noch viel weniger allenthalben mit seinem Körper seyn zu können. Wir glauben einfältig, das die ganze Person Gott und Mensch nach dem Begräbniß zur Hölle gefahren, den Teufel überwunden, die Gewalt der Hölle zerstört, und dem Teufel alle seine Macht genommen habe. — Gott hat in seinem ewigen göttlichen Rathe beschlossen, das er ausser denen, die seinen Sohn Christum

erkennen, und wahrhaftig an ihn glauben, niemanden wolle selig machen. — Wir glauben, lehren und bekennen, daß der Leib und das Blut Christi, nicht allein geistlich durch den Glauben, sondern auch mündlich auf übernatürliche himmlische Weise mit dem Brode und Weine empfangen werde. Wir verwerfen und verdammen die papistische Transsubstantiation, das papistische Messopfer und die Lehren, daß der Leib Christi im heil. Abendmahl nicht mündlich mit dem Brode, sondern allein Brod und Wein mit dem Munde, der Leib Christi aber allein geistlich durch den Glauben empfangen werde, daß Brod und Wein nur Zeichen zum Andenken seyn; daß der würdige Genuss auf den tugendhaften Wandel beruhe. — Wir verwerfen und verdammen die Lehren, daß gute Werke nöthig zur Seligkeit seyn, daß niemand je ohne gute Werke selig geworden sey. Wir behaupten, daß es eitel Irrthum und Blindheit ist, wenn gelehrt wird, der Mensch habe eine rechte Vernunft

nunft *) und guten Willen — oder er habe einen freyen Willen Gutes zu thun und Böses zu lassen; daß der Mensch nicht durch sich selbst tugendhaft seyn kann; daß er sündigt, indem er tugendhaft ist, wenn er es ohne Gnade ist. — Wir lehren und behaupten, daß der, welcher alles dieses nicht glaubt, und diesen rechten christlichen Glauben nicht ganz und rein hält, ohne Zweifel ewig verloren gehe und nothwendig verdammt sey.

Ist es möglich, daß ein nachdenkender Mensch nie an einem dieser Sätze zweifele? Kann wohl einer wirklich die Intoleranz jetzt noch so weit treiben, nicht nur den rechtschaffenen Juden und Heiden und Muhamedaner, sondern auch die guten Katholiken und Reformirten und andere seiner

*) Ausdrücke wie die: *venefica illa dominatio*, die böse Wettermacherinn, Frau Vernunft, kommen mehr als einmal vor. Siehe Seite 1067 nach Rechenbergs Ausgabe.

ner zweifelnden und weniger gläubigen Mitchristen zu verdammen? Kann wohl ein Lutherischer Sachse so bigott seyn, selbst unserm vortrefflichen Churfürsten die Seligkeit abzusprechen, blos deswegen weil er nicht alles glaubt, was unsere symbolischen Bücher lehren? Wenn er es könnte, — für meinen protestantischen Zeitgenossen würde ich ihn nicht halten. Er hat die Gesinnung eines Grossinquisitors. Und kann wohl irgend ein guter Mensch ohne Mißbilligung seines Gewissens noch glauben, daß er, um selig zu werden, keiner Tugend bedürfe; daß allein der Glaube hinreichend sey? Wenn er diese Lehre, die in jenen unglücklichen Streitigkeiten zänkischer Theologen den Sieg davon trug, wirklich für wahr hält, so steht er bey jeder guten Handlung in Widerspruch mit sich selbst. Wie traurig müßte es in einem Staate mit der Verwaltung öffentlicher Aemter stehen, wenn jene beschwornen Sätze wirklich geglaubt würden. Aber wir können es unmöglich über uns erlangen, eine so große Menge unserer Mitbürger für so äusserst

äußerst gewissenlos zu halten. Gleichwohl geben sie nicht, wie doch der Eid es von ihnen fordert, ihr Mißbilligen und Verwerfen durch eine öffentliche Erklärung zu erkennen.

Daher bleibt uns nur ein dritter Fall übrig: die größte Menge derer, die diesen Eid geleistet haben, verstecken sich hinter stillen Vorbehalt. Zwar suchen die meisten auf mancherley Art diesen Vorwurf von sich abzulehnen, aber eine Darstellung ihrer Entschuldigungen wird die Nichtigkeit derselben zeigen. Einige, besonders Professoren und Prediger, führen ihre Vertheidigung folgendermaßen *). „Indem wir, sagen sie, auf die Symbolischen Bücher verpflichtet werden, machen wir uns nicht anheischig, von keiner in denselben aufgestellten Behauptung abzuweichen. Wer könnte wohl alle Beantwortungen problematischer Fragen, wie die von der Höllenfahrt Christi und von dem Nutzen der Kinder-

*) Man vergleiche z. B. in Morus Moraltheologie die Abhandlung vom Religionseide.

dertaufe, oder alle Bibelerklärungen der damahligen Exegese, oder alle historische Darstellungen so annehmen, wie die Theologen der Reformationszeit! Nur von den Hauptlehren versprechen wir nicht abzuweichen. Wir wollen weder die von der ganzen christkatholischen Kirche verdammteten Ketzereyen der Gnostiker, Arianer, Sabellianer, Pelagianer und anderer erneuern, noch die uns von den Katholiken und Reformirten unterscheidenden Lehren von der Rechtfertigung allein durch den Glauben, von der Gnadenwahl, von dem heil. Abendmahl verlassen und verwerfen, noch endlich die in der Concordienformel beygelegten theologischen Streitigkeiten wieder erneuern. Besonders aber wollen wir dem Grundsätze des Protestantismus treu bleiben, das neue Testament als den obersten Erkenntnißgrund aller Glaubensartikel zu betrachten und auf keine menschliche Satzungen irgend einer Art zu achten. Dieser Grundsatz bleibt auch unwandelbar fest, wenn auch jetzt die Bibel liberaler erklärt wird, als in den vorigen Zeiten, und wenn auch
durch

durch diese verbesserte Exegese die Beweise für manche alte Lehre verloren gehen.“

Diese Herren führen ihre Vertheidigung in mehr als einer Hinsicht schlecht, oder beweisen vielmehr gar nichts. Sie setzen voraus, daß ihr Versprechen nur auf das öffentliche Lehren gehe, und daß man keinesweges von ihnen fordere, sich selbst wegen ihrer geänderten Meynungen anzugeben. Gleichwohl hat die Obrigkeit noch nie erklärt, daß sie diese Auslegung der Eidesformel anerkenne. Doch angenommen, sie hätte diesen Theil des Versprechens erlassen, und verlange nur einen den symbolischen Büchern gemäßen öffentlichen Unterricht, so entsteht die neue Frage, ob sie jenen aufgestellten obersten Grundsatz des Protestantismus mit seinen Folgerungen gelten lasse, und ob man nicht gestützt auf unläugbare Thatfachen Grund genug habe, dieß zu bezweifeln? So lange sie also ihre Meinung nicht bestimmt zu erkennen giebt, und es überdieß noch sehr wahrscheinlich ist, daß sie manche Lehren für Hauptlehren halte, welche diese Theologen nicht mehr
als

als solche betrachten, so lange wird es von der Seite der letzten wenigstens ein stiller Vorbehalt seyn, das Versprechen in einem ganz andern Sinne zu leisten, als die es annehmen, welche es von ihnen fordern. Wenn sie diesen Vorwurf von sich ablehnen wollen, so müssen sie sich nothwendig mit ihren Vorgesetzten verständigen, welche Sätze man für Hauptlehren halten wolle. Diese Vereinigung wird aber freylich bey dem unzusammenhängenden, sich selbst widersprechenden kirchlichen Systeme der Protestanten sehr schwer seyn. Denn seit Luthers Tode rissen Layen, die Fürsten mit ihren Regierungen, die Gewalt, über die Meinungen der Geistlichen zu entscheiden an sich; sie warfen sich zu Schiedsrichtern in theologischen Streitigkeiten auf, und bestimmten was Hauptlehre und Grundgesetz des Christenthums seyn sollte. Wären die protestantischen Theologen, die in den Jahren 1540 bis 1580 durch ihre Zänkereyen so viel Unheil anrichteten, etwas vernünftiger und klüger gewesen, so hätte sich vielleicht ein System bilden können, in welchem

chem der geistliche Stand, ohne eben einen Staat im Staate zu machen, doch sein eigener Richter in Glaubenssachen und in dieser Hinsicht unabhängig von der weltlichen Gewalt geblieben wäre. Eine solche Verfassung würde dann wohl mehr Einheit gehabt haben, als die gegenwärtige. Denn wenn man bedenkt, daß in jeder andern Kunst und Wissenschaft nur Kennern und Eingeweihten in derselben ein Urtheil zugestanden wird, und wenn man überlegt, daß es bey den schnellen Schritten, die die Theologie in den neuern Zeiten, durch viele zum Theil ganz neue Hülfsmittel unterstützt, in allen Fächern thun konnte, weder dem Staatsmanne, noch einem andern Nichttheologen möglich war, in dieser Wissenschaft mit ihnen sich auf sie ganz allein einschränkenden Bearbeitern und Lehrern fortzugehen, so kann man es allerdings nicht begreifen, aus welchen Gründen Layen sich es anmaßen können, zu bestimmen: dieß soll Hauptlehre seyn und bleiben, die eigentlichen Kenner der Sache mögen sagen was sie wollen. [Aber wenn einmal

mahl die Verfassung so unzusammenhängend ist, so darf man sich nicht über die Begebenheiten wundern, welche d. v. Wöllner Friedrich Willhelms des zweyten veranlafte, und es darf uns nicht befremden, wenn wir, wie z. B. bey unserm Verfasser, lesen: Wer ein wahrer Christ seyn will, muß diess und jenes glauben. Diess oder ein ähnliches muß stützt sich freylich auf keine Gründe; es wird freylich „von vielen braven einsichtsvollen Männern die keine Dummköpfe sind,“ anders geurtheilt. Aber das Muß mächtiger Layen, denen man ungestraft nicht erwidern darf: Meine Herren, Sie haben sich wohl nicht alle die Einsichten erworben, nur diess entscheiden können, ist, wenn es in Wissenschaften gelten soll, der Tod jeder Wissenschaft. Ferner kann man es sich nun auch erklären, warum solche Männer, wie eben auch Hr. N. thut, jede vom alten Glauben abweichende Darstellung theologischer Sätze der eiteln Ruhmsucht zuschreiben. Denn wenn man zugeben wollte, daß Eifer für Wahrheit die theologischen

gischen Schriftsteller befeele, und daß dieselben deßwegen ihre bessern Einsichten mittheilen, so müßte man ja auch eingestehen, daß man sich von ihnen belehren lassen solle. So lange man aber den Theologen das Recht nicht zugestehet, über das, was Hauptlehre des Christenthums sey, die Lehrer auch der Obrigkeit zu seyn, so lange wird zwar diese eine despotische Gewalt auszuüben scheinen; jene werden aber auch bey unserer Eidesformel nicht die Beschuldigung des Meineides widerlegen können.

Andere, besonders Juristen und Civilisten, die sich mit diesem Eide haben verpflichtet lassen und doch nicht gesonnen sind, das Versprechen sich und andere anzugeben, halten zu wollen, vertheidigen sich, gleich als sey die ganze Sache nur ein Scherz mit einem juristischen Grundsatz. „Es ist thöricht,“ sagen sie, innerhalb der Sphäre des Rechts auf die Moralität des andern zu rechnen, und sich etwas von ihm versprechen zu lassen, wozu er im Verweigerungsfalle, nicht mit physischer Gewalt
ge-

gezwungen werden kann. Dahin gehört auch das Versprechen, sein eigener Ankläger über Gedanken seyn zu wollen. Wir können unserer vernünftigen Obrigkeit unmöglich die Thorheit zutrauen, von uns dieß wirklich zu erwarten. Wir halten daher die Formel für ein altes Erbstück des Herkommens, das schon längst unbrauchbar geworden ist, aber um der Seltenheit willen immer wieder mit vererbt wird. — Ueberdieß, wenn wir heute an einem Glaubensartikel zweifeln, wissen wir denn, ob wir morgen nicht wieder rechtgläubig seyn werden? Man hat ja ganz neuerlich ein Beyspiel, daß ein großer Theolog nach vieljährigem Abweichen doch wieder auf den rechten Weg zur Seeligkeit zurückgekehrt ist. Dieß müssen die, welche uns den Eid abnehmen, doch auch beurtheilen können; und daher kann es ihnen mit jener Verpflichtung unmöglich Ernst seyn, weil keine Zeit der Erfüllung anzugeben ist.“

Es ist nicht zu läugnen, daß dieß Raisonnement sehr vernünftig klingt. Aber
des-

dessen ungeachtet ist es nothwendig, daß gegenseitig erklärt werde, man meine es mit der ganzen Formel nicht so ernstlich. Dann wird keiner betrogen und keiner betriegt, so wenig, wie bey den gewöhnlichen Höflichkeitsformeln, in denen die Wörter Gnade, Ehre, Unterthänigkeit und Gehorsam vorkommen.

Endlich giebt es unter denen, die es wissen, daß sie ihr Versprechen nicht halten, auch solche, die unter vieler Mißbilligung ihres Gewissens ihren Meineid sich selbst eingestehen, und zu keinem festen Entschlusse in ihren Handlungen kommen können. Diese, eben die besten und edelsten Menschen, leiden am meisten oder vielmehr allein durch diesen Eid, „den unsere Vorfahren aus guten Ursachen eingeführt, und ihre Nachfolger aus guten Ursachen beybehalten haben.“ Ihrem Geiste ist stets das Sittengesetz in seiner ganzen Strenge und Erhabenheit gegenwärtig, das Pünktlichkeit im Versprechen und unverbrüchliche Treue im Worthalten fordert, das den stillen Vorbehalt bey einem Eide
eben

eben so sehr wie jede absichtliche Täuschung verdammt, und alle scheinbare Entschuldigungsgründe verwirft. Es regt sich daher oft in ihnen der Entschluß, ihrem Eide zufolge, sich selbst anzugeben, ihr Amt niederzulegen, oder das nicht anzunehmen, zu dem sie sich seit vielen Jahren geschickt gemacht haben, und eine ganz neue Laufbahn zu betreten. Aber alsbald zeigt ihnen ihre Phantasie alle die Schwierigkeiten, die diesem Vorhaben entgegen stehen. Sie erblicken sich in einem hülflosen Zustande, umringt von allen Mühseligkeiten des Lebens, beraubt aller Freuden des kleinsten Genusses, gehemmt in jeder nützlichen Thätigkeit. Sie erblicken die Ihrigen, die ihrer Unterstützung bedürfen, oder ihre ganze Hoffnung auf sie setzen, in Trauer und Wehmuth. Sie fürchten das schädliche Aufsehen, das ein solcher Schritt unter dem Volke machen könne. Glaubt nicht, denken sie, die große Menge aus vornehmen und niederem Stande, die Religion nur auf das Wort und Ansehen des Lehrers? Wird sie nicht,

nicht, durch unser öffentlich bekannt gewordenes Zweifeln an Lehrsätzen, die sie für die wichtigsten und gewissesten hält, in ihrem Glauben wankend gemacht werden? Wird sie nicht versunken in einem Meere von Zweifeln, betäubt von Ungewissheit, beraubt aller Stützen der Moralität, nicht mehr wissen, woran sie sich halten soll? Sie wird irre werden an allem, was ihr zeither heilig war, sie wird sich entweder zu einem verderblichen Unglauben oder zu einem schändlichen Aberglauben wenden, und Kirche und Staat werden in gleiche Gefahr kommen. Und werden nicht, wenn alle guten Männer ihre Stellen verlassen wollten, desto mehr schlechte sich in die Aemter drängen, deren finsterner, unaufgeklärter Geist auch alles um sich her verdunkelt? Wird nicht dadurch das zeither mühsam gepflanzte Gute, wenn Licht und Sonnenschein ihm entzogen wird, wieder eingehen? Und werden nicht eben wir uns über alles dieß Vorwürfe zu machen haben? Wäre es nicht besser, wenn wir immer nach unserer Ueberzeugung lehrten

und lebten, aber dabey mit aller Vorsicht handelten? Wir würden so unsere Zuhörer und Schüler nach und nach, und ohne daß sie es merkten, von einer Stufe zur andern noch an unsern Standpunkt erheben. Wir würden stets in Lehren von ihrer Ueberzeugung ausgehend, sie zu der unsrigen hinführen; wir würden ihnen zeigen, daß richtig und zusammenhängend gedacht, aus ihren anerkannten und festgeglaubten Grundsätzen unsere Behauptungen folgten; wir würden das Unrichtige, sich selbst und andern gewissen Sätzen Widersprechende nicht durch förmliche Beweise widerlegen, nicht öffentlich bestreiten, sondern nach und nach in Vergessenheit bringen, oder durch oft wiederholte Voraussetzungen, mit denen jenes Falsche nicht bestehen könnte, langsam untergraben; wir würden die Natur in ihren organischen Erzeugungen nachahmen, die fremdartige Bestandtheile durch ihre Assimilationsgesetze unvermerkt in andre Körper verwandelt, den steten Abgang gleichförmig ersetzt, und so in kurzer Zeit für jede Beobach-

obachtung unzugänglich aus einem alten Körper einen ganz neuen macht. Kann wohl ein solches Verfahren von der Regierung gemißbilligt werden? Ist es nicht eben das, als wenn wir ganz schwiegen, wenn niemand bemerkt, daß wir reden? und scheint dieß nicht sogar die Absicht derer zu seyn, die den Eid von uns fordern? Zwar verbieten sie alle Neuerungen in Glaubenssachen, verbieten alles Zweifeln, verbieten alles Abweichen von dem, was sie reine Lehre nennen. Dennoch erlauben sie das freye Verbreiten sogenannter Ketzereyen, und das Widerlegen orthodoxer Lehrrsätze; sie geben wohl für Schriften dieser Art landesherrl. Privilegien: sie stellen bey öffentlichen Aemtern Männer an, von denen sie, wenn sie sie nicht für die inconsequentesten Menschen halten, bestimmt wissen können, daß sie nichts weniger als rechtgläubig sind; sie lassen viele vor ihren Ohren, vom alten Glauben abweichen, wenn es nur nicht Aufsehen erregt; sie strafen, wenn einer allzu auffallend gegen das herrschende System anstößt, ihn

nicht als Meineidigen, sondern nur als Unvorsichtigen und Unbesonnenen. Erklärt also nicht die Regierung durch Handlungen bestimmt genug, wie jenes Verbiethen verstanden werden soll? — Auf diese Weise beruhigen sie eine Zeitlang ihr strafendes Gewissen, bis es wieder zu neuen Vorwürfen aufgeweckt wird, wenn ein Edict, gegen ein bey einer grossen Gemeinde eingeführtes Gefangbuch, das Ketzermacher verschreyen, die ganze Strenge der Regierung zeigt, oder wenn ein neues Mandat gebietet, die Schullehrer noch ganz besonders auf den kleinen Katechismus Luthers zu verpflichten, damit nicht etwa von da sich Irrthümer inschleichen, oder wenn ein akademischer Lehrer deswegen einen Verweis bekommt, daß er die sogenannte Erklärung Jesu auf dem Berge in einem lateinischen Buche für einen Traum erklärt. Jetzt erscheint ihnen die vorige Auslegung des eigentlichen wahren Willens der Regierung ungegründet und falsch. Das Wanken in ihren Entschlüssen geht

geht von neuem an, und endlich ermüdet wenden sie den Blick von sich hinweg, und suchen mit Wehmuth über ihre traurige Lage, und mit einem bittern Missvergnügen über solche unnütze und zweckwidrige Einrichtungen sich selbst zu entfliehen. So wird es den besten Männern der Nation unmöglich gemacht, das Amt, das durch ihre vortreffliche Verwaltung für ganze künftige Geschlechter von dem grössten Nutzen seyn könnte, mit Freudigkeit zu bekleiden. Aber es ist ihnen nicht zu helfen, wenn sie sich nicht entschliessen wollen, das Beyspiel eines ihrer Vorgesetzten nachzuahmen, der sein Abwenden vom rechten Glauben nicht eher entdeckt hat, als bis er in den Schoos der allein seligmachenden Kirche zurück gekehrt ist.

Wenn nun alle die, welche sich auf unsere Eidesformel verpflichten lassen, entweder Leichtsinnige, oder Geistlose sind, oder — ja! wie sollen wir diese nennen, ohne den edeln Männern zu nahe zu treten, die unter diese Classe gehören? — unter

ter welche Classe mag wohl Hr. N. zu rechnen seyn, vorausgesetzt, dafs er auch auf die symbolischen Bücher geschworen hat? — Leichtfinnig ist er nicht! denn er hat sich von der Eidesformel unterrichtet und theilt sie in einem Auszuge mit. Geistlos ist er auch nicht; er ist belesen in der neuern Litteratur; und verräth in seiner Vertheidigung der Rechte des Ritterstandes, und durch seinen eifrigen Angriff auf seine Gegner noch viele Lebhaftigkeit und Munterkeit. Er scheint also unter die dritte Classe zu gehören. Diefs wird auch noch daraus wahrscheinlich, weil er es gleichsam *perhorrescirt*, dafs Hr. A. Teufel, Dreyeinigkeit und Erbsünde so dicht zusammen stellt. Dadurch giebt er gewissermassen zu verstehen, dafs er die Erbsünde oder den Teufel schon preis gegeben habe, und also in einem oder dem andern Punkte schon von dem rechten Glauben abgewichen sey. Zwar vertheidigt er beydes, aber in einem Sinn, der keinesweges den symbol. Büchern gemäfs ist. Wer wird läugnen, dafs der Mensch

nicht

nicht durch seine Natur moralisch gut ist, sondern daß er es durch Freyheit werden, und nur im unendlichen Streben nach Sittlichkeit seine Bestimmung finden solle. Aber die symbol. Bücher lehren, daß durch Adams unseeligen Genuß des Apfels alle Menschen die Sünde geerbt haben, und nur vermöge ihrer Natur durch freyen Willen schlechthin nichts gutes thun können. Wer wird es unwahrscheinlich finden, daß es außer dem Menschen noch andere moralisch freye, und also auch unsittliche Wesen gebe. Aber der lutherische Lehrbegriff behauptet, daß der Teufel ein Geist von fast göttlicher Macht eine despotische Gewalt über die Menschen ausgeübt habe, und nur durch den Tod Jesu einigermaßen besiegt sey. Hr. N. ist offenbar in zwey erschreckliche Ketzereyen abgewichen, er hat keinesweges „in Demuth der Offenbarung geglaubt, und seine Vernunft gefangen genommen“, sondern er hat „die reine Lehre der Schrift nach vorgefaßten Meinungen verdreht“ billig hätte er sich aus Gehorsam gegen das heilige Eidesgesetz
des

des Vaterlandes angeben, und seine Stelle niederlegen sollen. Doch wie kann man wissen, was er gethan hat. Vielleicht hat er sich das Vorrecht erworben, andern Gesetze einzuschärfen, die er selbst ungescheut übertreten darf; und sich und manche andere vom Gesetz zu exemiren, sonst kann man auch gar nicht begreifen, wie er behaupten könne: „Bey Räthen und „Obrigkeitlichen Personen, so mit dem „Vortrage der Religionslehren nichts zu „thun haben, findet es keine Schwierigkeit, das sie den Eid halten.“ Ist denn etwa nur von Lehrern und ihrem Lehren in der Formel die Rede? Wird nicht im allgemeinen, von jedem verlangt, nicht von der reinen Lehre im Glauben abzuweichen, und wenn es geschähe sich selbst anzugeben? sollen denn Räthe und obrigkeitliche Personen, blos weil sie diess sind, nicht an einen Eid gebunden seyn? Oder soll man etwa von allen voraussetzen dürfen, das sie nie über Religion nachdenken, nie sich mit der Ausbildung ihres Geistes beschäftigen werden? In der That, uns dünkt,

Hr.

Hr. N. hat allen Civilisten ein sehr schlechtes Compliment damit gemacht.

Wenn es durch das Bisherige erwiesen ist, daß durch die eingeführte Eidesformel kein vernünftiger Zweck erreicht werde, der nicht noch besser durch eine andere Einrichtung erreicht werden könnte, wenn es erwiesen ist, daß sie für die meisten, die sie schwören, keinen Sinn habe; daß die meisten sie schwören, mit der Absicht ihr Versprechen nicht zu halten: und daß die wenigen guten, die etwas dabey denken und welche wissen was sie thun, mit Widerspruch ihres Gewissens handeln, so sollen doch noch „die Nachfolger unserer „Vorfahren gute Ursachen haben, sie beyzubehalten? So soll doch die jetzt lebende Nation keine Gründe haben, eine Veränderung mit ihr zu machen? Zugegeben, daß diese Formel vor zweyhundert Jahren mit Bewilligung der Nation und auf angelegentliches Eitten der Stände eingeführt sey, so würde doch dadurch der gegenwärtigen Generation ihr Recht ungekränkt blei-

bleiben, nach veränderten Umständen, nach besserer Ueberzeugung, nach dem Geiste des Zeitalters eine andere einzuführen. Aber Hr. N. hat nicht einmal die reine historische Wahrheit gesagt. Denn es ist allbekannt, daß das eitle Versprechen auf die symbolischen Bücher am Landtage 1582 theils durch den orthodoxen Eifer des ehrlichen, wirklich religiösen Augusts, theils durch die Kabalen seiner herrschfüchtigen Gemahlinn Anna, die durch die Beschuldigung des Kryptocalvinismus, den bey ihrem Manne viel geltenden D. Cracau stürzen und selbst mehr Einfluss in die Regierung bekommen wollte, durchgesetzt werden mußte, und daß, wenn die Prediger und Schullehrer in Religionsangelegenheiten doch wohl mit Recht als natürliche Repräsentanten der Nation betrachtet werden können, der Eid in dieser Form keinesweges mit Bewilligung der Nation, sondern mit großem Widerspruche derselben eingeführt wurde. Die meisten Geistlichen wurden nur durch ihre Frauen und Kinder, die ihnen zuriefen; „Schreibt Pfar-

Pfarrer, schreibt, damit ihr bey der Pfarre bleibt“ bewogen zu unterschreiben. Noch mehr aber waren die Religionsverhandlungen auf dem Landtage 1592 das Werk der unsittlichsten Leidenschaften. Einigen wenigen adelichen Ständen, vorzüglich zwey Herren von Ende, denen der bürgerliche Kanzler D. Krell mit seinen dem Adel nicht günstigen Unternehmungen schon lange Zeit ein Dorn im Auge gewesen war, mußte die Religion zum Deckmantel dienen, diesen Minister um Freyheit und Leben zu bringen. Zum Beweise daß nicht blinder Religionseifer sondern sehende Vertheidigung gewisser Privilegien des Adels Krellen den Kopf abgeschlagen habe, dient die damalige Einrichtung, daß fortan kein Kanzler bürgerlichen Standes sey. *)

Je

*) Die wichtigsten Actenstücke dieser merkwürdigen Geschichte findet man im 4ten und 5ten Bande der Sammlungen vermischter Nachrichten zur sächsischen Geschichte.

Je weniger also bey der ersten Einführung des Religionseides die Nation ihre Einwilligung gab, desto mehr würde sie jetzt auf eine Aenderung antragen können. Zwar meint Hr. N. sie werde diesen Eid nicht abschaffen wollen. Wir glauben dies auch, wenn der Eid auf das Symbol in dem Sinne geleistet wird, wie wir ihn vorhin dargestellt haben. Wenn aber bloß von Einführung einer andern Formel, oder von vernünftiger öffentlich erklärter Auslegung der alten die Rede ist, dann dürfen wir gewiß mit Zuversicht widersprechen. Freylich kommt alles auf den Ausdruck Nation an. Wir verstehen damit alle diejenigen, die irgend einmal prüfend über ihre eigenen religiösen Ueberzeugungen nachgedacht haben, d. h. vernünftige selbstdenkende Menschen aller Classen und Stände, und wir dürfen nicht ohne Gründe von den Bewohnern unsers Vaterlandes behaupten, daß der Kern der Nation wirklich aus solchen Männern bestehe. Begreift aber Hr. N. mit diesem Worte nur sich und seine nächsten Bekannten seines Standes, so muß er frey-

freylich über seine und ihre religiösen Gesinnungen besser entscheiden können als wir. Und dennoch behaupten wir selbst von ihm, daß er vielleicht mehr wegen der bey einer neuen Einrichtung möglichen Umstände, als wegen der Sache selbst bedenken tragen würde, hier eine Veränderung vorzuschlagen. Denn wir haben es von ihm bewiesen, daß er selbst nicht bey der reinen Lehre verharret und in dieser Hinsicht, keineswegs seinen Eid gehalten habe. Da er gleichwohl keine Schwierigkeit findet, daß Räthe und Obrigkeitliche Personen, so mit den Religionslehren nichts zu thun haben, ihren Eid halten können, und da er ferner von öffentlichen Lehrern nur dann verlangt, daß sie ihr Amt niederlegen sollen, wenn sie nicht schweigen zu dürfen glauben, sonst aber ihnen alles Zweifeln und Abweichen von dem Symbol gestattet, ohne es ihnen zur Pflicht zu machen, sich selbst anzuzeigen: so hat er durch alle diese Wendungen deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er die gewöhnliche Eidesformel nicht wörtlich gehal-

gehalten wissen wolle. Er hat also schon eine etwas erträglichere Auslegung der unvernünftigen Forderung gemacht, in welcher ihm hoffentlich die ganze Nation beytreten wird. Er giebt ferner Seite 46 zu, daß manche zum kirchlichen Systeme der Landesreligion gehörige Lehrrsätze keinen unmittelbaren Einfluß auf die Wohlfahrt des Staates haben, und daß man allerdings ein guter Bürger und friedlicher Unterthan seyn könne, ohne eben eine Dreyeinigkeit und dergl. zu glauben. Da nun daraus unmittelbar folgt, daß es dem Regenten des Staats als solchen ganz gleichgültig seyn müsse, ob sein Bürger Lehrrsätze dieser Art annehme, und da ferner aus andern Wahrheiten folgt, daß, wenn man auch einer Religion mehr Kraft zur ewigen Seeligkeit beylegen wollte als der andern, doch ein jeder in dieser Rücksicht für sich selbst zu sorgen habe, und der Regent keinesweges befugt sey, den Glauben an gewisse Meinungen deswegen in Ansehen zu erhalten, weil Er sie für nothwendig zur Seeligkeit erachtet: so kann auch aus diesem

sem

sem Grunde Hr. N. nicht um der Sache selbst willen gegen eine Veränderung der Eidesformel etwas einzuwenden haben.

Ja! zu den aufgeklärten Ständen der Nation haben wir das Zutrauen, daß, wie einst ihre Vorfahren aus niedrigen Leidenschaften und blindem Eifer bey diesen Religionsangelegenheiten handelten, sie aus Achtung für das Gute und aus Liebe zu ächter Religion sich bey der nothwendigen Verbesserung der alten Eidesformel thätig beweisen werden. Selbst wenn Ihre individuelle religiöse Ueberzeugung nur wenig von den eigentlichen Lehren der symbolischen Bücher abweichen sollte, so hoffen wir doch, daß sie wenigstens einen Beweis von ihrer toleranten Gesinnung geben und zeigen werden, daß sie nicht mit dem bigotten orthodoxen Haufen Andersdenkende verdammen!

Wie würde denn also wohl die Eidesformel abzufallen seyn? Wir würden ihr
ohn-

ohngefähr folgende Gestalt geben : „der Unterzeichnete verspricht, stets über die reine Lehre und das christliche Bekenntnis dieser Lande, wie dasselbe in der ersten ungeänderten Augsburgerischen Confession begriffen, und im Concordienbuche wiederholt, erklärt und gegen alle Verfälschung verwahrt ist, zu halten, und nichts gegen sie zu unternehmen, das Aufsehen erwecken könnte; wenn er aber bemerkte, daß solches andere thun wollten, dieselben mit christlicher Sanftmuth davor zu warnen, und besonders die seinem Unterrichts Anvertrauten nie durch unvorsichtige Neuerungen zu verwirren oder verwirren zu lassen. Doch wenn er glauben sollte, dieß Versprechen nicht halten zu können, und vielmehr seine angeblich bessern Ueberzeugungen andern mit Heftigkeit und ungestümen Eifer aufdringen zu müssen, so macht er sich anheischig, alsbald sein Amt zur Vermeidung aller Unordnungen niederzulegen.“

„Aber

„Aber wenden sie vielleicht ein, dieß ist doch eine Aenderung in Religionsfachen, und diese findet in unserer Verfassung allzuviel Hindernisse.“ Wenn dieser Einwurf gegründet ist, so giebt es ein anderes Mittel, das noch sanfter ist und doch denselben Zweck befördert, Sie selbst dürfen nur durch Privaterklärungen Ihre Meinung und Ihr Verstehen der alten Eidesformel darlegen, und die Wirkung ist dann fast dieselbe, als wäre der Eid ganz neu abgefaßt. Auch hierauf hat gewissermaßen Hr. N. schon hingedeutet. Alles beruht nämlich auf der Erklärung der Redensart: „wenn er nicht schweigen zu dürfen glaubt.“ Soll der Lehrer seine abweichende Privatmeinung verschweigen, und das Gegentheil doch als seinen Glauben vortragen? Dann handelt er betriegerisch und heuchlerisch. Oder soll er die eigenthümlichen Lehren der Kirche, über die er anders denkt, nur historisch vortragen? Dieß könnte allenfalls mit der Ehrlichkeit bestehen, und wann diese Erklärung

H rung

rung der Eidesformel nach und nach gesetzlich würde, so würde sie schon viel von ihrer Härte verloren haben. Oder soll er über diese religiösen Gegenstände ganz schweigen, und sie dadurch in Vergessenheit bringen dürfen? Diese Methode würde der bedächtige Lehrer bey aller nur möglichen Freyheit im Unterricht selbst für die beste halten. Was soll er gegen Lehren predigen und sie bestreiten, wenn sie keinen nachtheiligen Einfluß auf die Sittlichkeit haben? Die Lehren z. B. von der Dreyeinigkeit und von der Gottheit Jesu Christi und des heil. Geistes, von den Engeln, in so fern nur von ihrer Existenz nicht von ihrer auf die Menschen einwirkenden Kraft die Rede ist, von der Erbsünde, wie der Hr. N. sie versteht, von der Höllenfahrt und Himmelfahrt Jesu, von den Wundern vor zweytausend Jahren, die jetzt nicht mehr zu erwarten sind, von der Gegenwart des Leibes und Blutes Jesu im Abendmahl, alle diese kann ein Mensch ganz orthodox glauben, und doch dabey
 ein

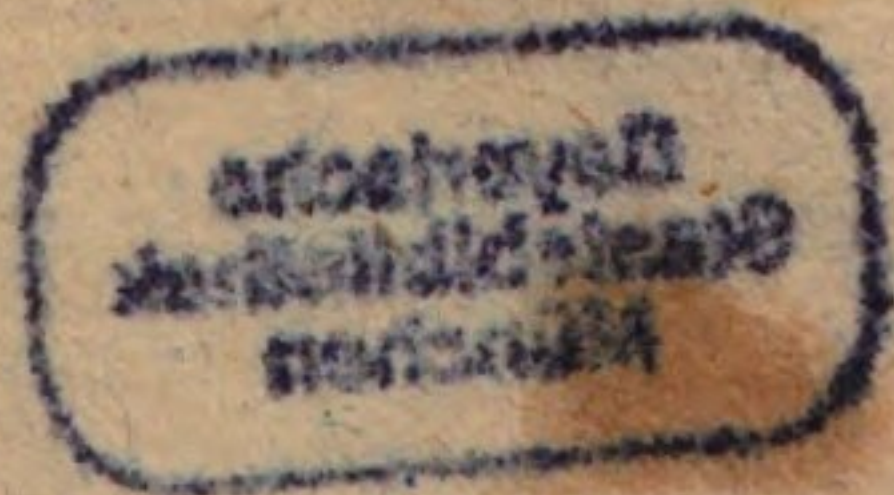
ein guter rechtschaffener Mann seyn. Warum sollte ihn also der Lehrer in seinem Glauben stören; er kann sogar für ihn Nutzenwendungen daraus ziehen, und sich zu seiner Meinung herablassen. Freylich giebt es aber auch einige andere Lehren, die, wenn man richtig und zusammenhängend aus ihnen folgert, zu offener Begünstigung der größten Sittenlosigkeit führen, daher wir auch oben sagten, daß mancher orthodoxe Christ nur mit Inconsequenz ein guter Mensch seyn könne. Von ihnen darf der gewissenhafte Lehrer nach seiner Ueberzeugung nicht ganz schweigen. Dahin gehören die Sätze von der gänzlichen Verdorbenheit des menschlichen Willens, etwas Gutes zu wollen durch eigene Kraft, von der Vergebung der Sünden allein durch das Vertrauen auf den Tod Jesu, von der seligmachenden Wirkung der Taufe und des Abendmahls, wenn sie gläubig gebraucht werden, von der Einwirkung des Teufels bey bösen Handlungen, von dem Ver-

trauen auf Engelswirkungen.' Darf das Schweigen, das Hr. N. den Lehrern erlaubt, hierbey den Sinn haben, dafs sie zwar diese Lehren nicht offenbar bestreiten und mit Heftigkeit ergreifen, aber doch nach und nach mit Vorsicht anders vortragen, und das der Moralität schädliche verdrängen, darf es schweigen heissen, wenn nur durch den Unterricht die Gemüther nicht verwirrt und beunruhigt werden und kein Ankläger gegen den Lehrer auftritt, dann hat Ihnen, würdige Männer des Vaterlandes, Hr. N. schon vorgearbeitet, und sie dürfen diess nur durch ihre öffentliche Billigung bestätigen. Diess ist es was wir mit Zuversicht von Ihnen bitten. Diess zu thun steht in Ihrer Macht, so bald Sie nur wollen. Erklären Sie diese Ihre Gesinnung, sey es durch eine Anregung auf dem nächsten Landtage zur Veränderung mit der Eidesformel, sey es sogar nur durch ein beyfälliges öffentlich bekanntgewordenes Beurtheilen dieser Bitte, und erlauben sie es, dafs bey jeder Verpflichtung

tung

tung auf den Religionseid der Gesichtspunkt angegeben werde, aus welchem die gesammte Nation dieß Versprechen betrachte *), dann mag die alte Formel mit dem Unsinne ihrer Worte bleiben, dennoch ist ein neues Gesetz gegeben, das zwar nicht die gesetzliche Form, aber eine Sanction hat, die allen Gesetzen zu wünschen wäre, die Uebereinstimmung der edelsten und besten Männer der Nation. Wenn wir, gewiss nach dem Wunsche der vernünftigsten Männer aus allen Ständen, bitten, daß Sie dieß wenige thun mögen, daß Sie so viel dem Geiste des Zeitalters nachgeben, und die Freyheit im Denken und Lehren so weit befördern — kann wohl eine Bitte beschei-

*) So soll der Hr. Oberconsistorialrath Teller gewöhnlich bey der Ordination der unter ihm stehenden Geistlichen ihnen in einer kurzen Anrede zeigen, wie sie den Eid auf die symbolischen Bücher zu verstehen hätten. Dieses Geschäft würde der Hr. Oberhofprediger Reinhard, seiner Orthodoxie ungeachtet, doch vielleicht gern über sich nehmen.



bescheidener seyn, und darf wohl bey der
Gewährung derselben Ihre weise Vorsicht
etwas fürchten?

Wir schliessen, wie wir anfiengen:
Nicht von unten herauf sondern von
oben herab muß Besserung kommen,

Freymüthige Bemerkungen über die Schrift: Das Grabmal des Leonidas Allen
Chur-Sächsischen Patrioten gewidmet

[S.l.] 1799

J.publ.g. 53#Beibd.2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10558479-8

VD18 11426012